



Bevölkerungsumfrage

Individuelle Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Mai 2023

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Martina Lizarazo López
Anastasia Hamburg

Titelbild

© fizkes – stock.adobe.com

DOI 10.11586/2023021

**Individuelle Strategien
zur Bewältigung des
demografischen Wandels**

Vertraulich!

INHALT

| | Seite |
|---|-------|
| VORBEMERKUNG | 1 |
| DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS WERDEN UNTERSCHÄTZT | 4 |
| ERFAHRUNGEN MIT PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT | 10 |
| PRÄFERENZEN UND VORSORGE FÜR EINE EIGENE PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT | 16 |
| ALTERSGERECHTE WOHN-SITUATION: WUNSCH UND WIRKLICHKEIT | 26 |
| Schwierigere Situation in Ostdeutschland | 29 |
| OFFENHEIT FÜR DIE NUTZUNG TECHNOLOGISCHER HILFSMITTEL | 36 |
| DIE FINANZIELLE ABSICHERUNG FÜR DAS ALTER – ERHEBLICHE SORGEN IN DEN SCHWÄCHEREN SOZIALEN SCHICHTEN | 44 |
| Individuelle Gründe für eine unzureichende Altersvorsorge | 57 |
| WENIG NEIGUNG ZU SPÄTEREM RENTENEINTRITT | 61 |
| Anreize für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit | 73 |

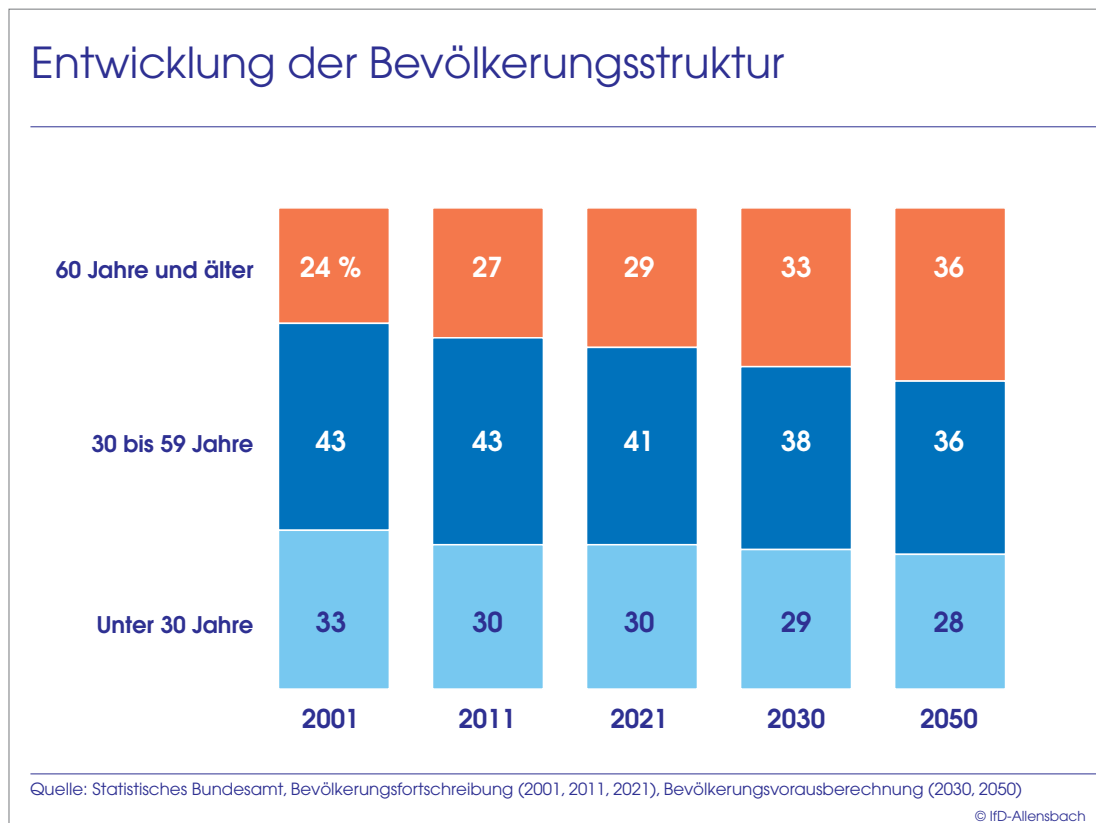
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogen mit Anlagen

VORBEMERKUNG

Der demografische Wandel, insbesondere die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, stellen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor enorme Herausforderungen. Das gilt vor allem für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, aber genauso für das Gesundheitssystem und die Sicherung leistungsfähiger Strukturen für Betreuung und Pflege, es gilt aber auch für den Arbeitsmarkt. Zurzeit beschleunigt sich die Alterung der Gesellschaft. Während sich der Anteil 60-Jähriger und Älterer an der Gesamtbevölkerung zwischen 2011 und 2021 von 27 Prozent auf 29 Prozent erhöht hat, prognostiziert das Statistische Bundesamt bis 2030 einen Anstieg auf 33 Prozent und bis 2050 auf 36 Prozent.

Schaubild 1



Es gibt wenige Entwicklungen, die langfristig so kontinuierlich ablaufen und mit relativ geringen Abweichungen so gut prognostizierbar sind wie die Alterung der Gesellschaft. Ein Problem derart langfristiger Entwicklungen ist, dass meist nicht wie bei spektakulären Ereignissen und unvorhergesehenen Entwicklungen ein "sense of urgency" entsteht, selbst bei Entwicklungen von solcher Tragweite, wie sie die Alterung der Gesellschaft darstellt. Die zunehmende Dynamik dieser Entwicklung erfordert jedoch tiefgreifende Entscheidungen, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, sowie die Aufsetzung von Programmen und die Stärkung von Infrastrukturen, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang beauftragte die BERTELSMANN STIFTUNG das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH mit einer Untersuchung zum Problembewusstsein der Bevölkerung, ihren Optionen und Präferenzen für Altersvorsorge und Vorsorge für den Pflegefall, den finanziellen Spielräumen, ihrer Wohnsituation und zur Bedeutung privater sozialer Netze. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit den schwächeren sozialen Schichten, Niedrigverdienern und auch den Unterschieden zwischen Stadt und Land. Trendanalysen belegen, dass die Infrastruktur im Gesundheitssektor – Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen – in ländlichen Regionen rapide erodiert. Auch städtische Regionen sind zunehmend von Ärztemangel und Problemen bei der Rekrutierung von Praxis- und Pflegepersonal betroffen, aber nicht annähernd im selben Maße wie ländliche Gebiete.

Genauso haben die unterschiedliche Ausstattung und Absicherung der verschiedenen sozialen Schichten gravierende Folgen für die Möglichkeiten, für Alter und Pflegesituation vorzusorgen. Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels müssen daher vor allem die vulnerablen Gruppen der Bevölkerung in den Blick nehmen, die insbesondere finanziell wenig eigene Vorsorge treffen können.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf 1.234 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung. Darin sind Aufstockungen von 30- bis 70-Jährigen aus ländlichen Regionen und von Geringverdienern enthalten. In den Gesamtergebnissen sind beide Gruppen entsprechend ihrem tatsächlichen Gewicht in der Grundgesamtheit enthalten.

Die Untersuchungsdaten, die Zusammensetzung der Stichprobe und der vollständige Fragebogen sind im Anhang dokumentiert. Den vorliegenden Kommentarband ergänzt ein Tabellenband, der alle Ergebnisse untergliedert nach zahlreichen soziodemografischen und analytischen Untergruppen dokumentiert.

Allensbach am Bodensee,
am 10. Oktober 2022

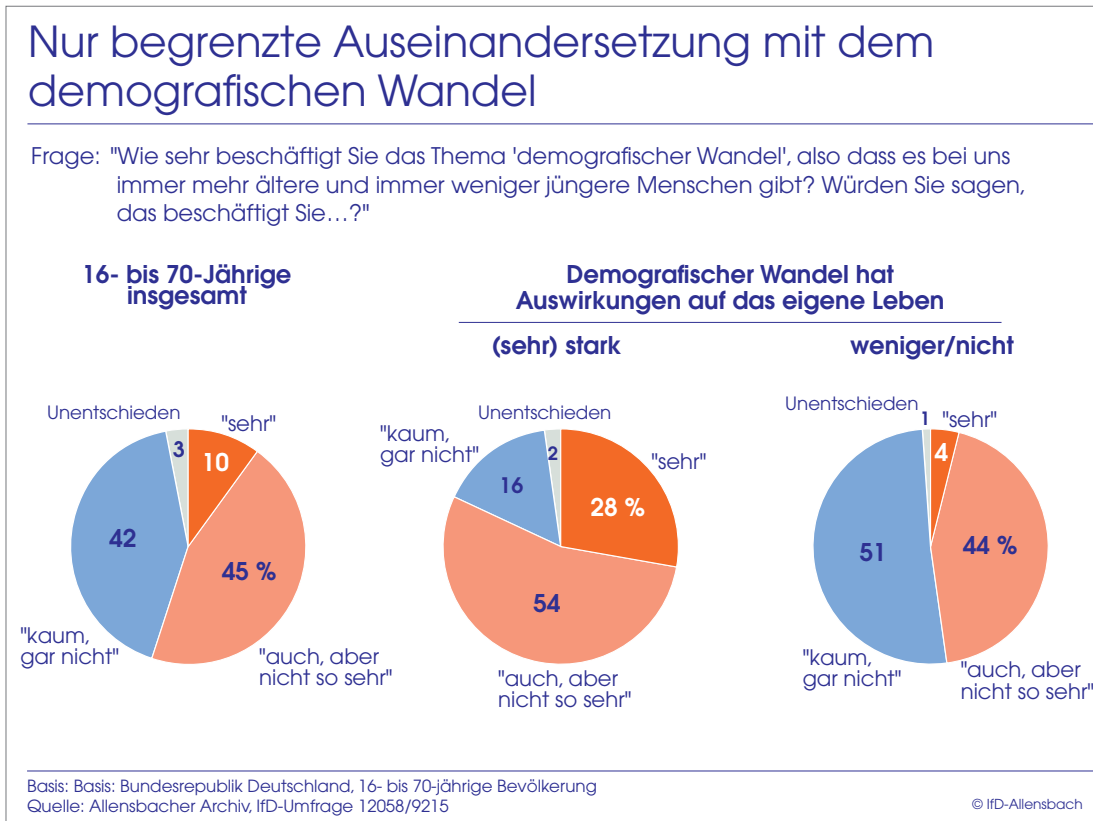
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS WERDEN UNTERSCHÄTZT

Obwohl die Alterung der Gesellschaft von größter Tragweite ist, beschäftigt diese Entwicklung die Bevölkerung nur sehr begrenzt. Lediglich 10 Prozent setzen sich intensiver mit den Folgen des demografischen Wandels auseinander, weitere 45 Prozent interessiert dieses Thema nur begrenzt, 42 Prozent kaum oder gar nicht. Noch am ehesten befassen sich die 50- bis 70-Jährigen mit diesem Thema; in dieser Generation befassen sich 34 Prozent kaum oder gar nicht mit dem Thema, in der jungen Generation der unter 30-Jährigen dagegen 57 Prozent. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist nur sehr begrenzt eine Frage von Bildung und sozioökonomischem Status. Zwar setzen sich die höheren sozialen Schichten intensiver mit dem demografischen Wandel auseinander, aber auch von ihnen widmet immerhin ein Drittel dem Thema keine nennenswerte Aufmerksamkeit, in der Mittelschicht und in den schwächeren sozialen Schichten 46 Prozent.¹

Das begrenzte Interesse geht vor allem darauf zurück, dass nur eine Minderheit im eigenen Umfeld Auswirkungen des demografischen Wandels beobachtet und noch weniger überzeugt ist, dass sich der demografische Wandel auf ihr persönliches Leben auswirken wird. Von denjenigen, die davon ausgehen, dass sich der demografische Wandel auf sie persönlich kaum oder überhaupt nicht auswirken wird, befasst sich die Mehrheit auch nicht mit diesem Thema, dagegen nur 16 Prozent derjenigen, die direkte Auswirkungen auf ihr persönliches Leben erwarten.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 1a).

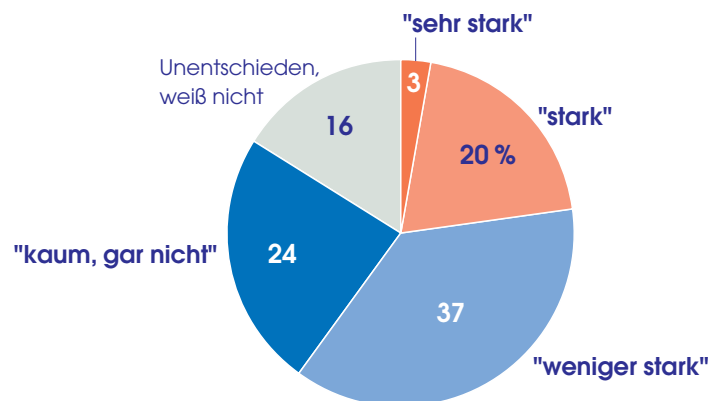


Bisher geht nur eine Minderheit davon aus, dass der demografische Wandel sich auf ihr persönliches Umfeld und ihr Leben auswirken wird. Lediglich 3 Prozent erwarten sehr starke, weitere 20 Prozent starke Auswirkungen; 37 Prozent stellen sich auf begrenzte Auswirkungen ein, während jeder Vierte davon ausgeht, überhaupt nicht tangiert zu werden. Immerhin 16 Prozent der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung trauen sich kein Urteil zu. Überdurchschnittlich ist die junge Generation überzeugt, dass der demografische Wandel sie persönlich nicht tangieren wird: 31 Prozent der unter 30-Jährigen sind davon überzeugt, während lediglich knapp jeder Vierte größere Auswirkungen erwartet.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 2 a).

Geringe persönliche Betroffenheit

Frage: "Wenn es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt, wie stark wird sich das auf Ihr persönliches Umfeld, auf Ihr tägliches Leben auswirken? Würden Sie sagen ..."



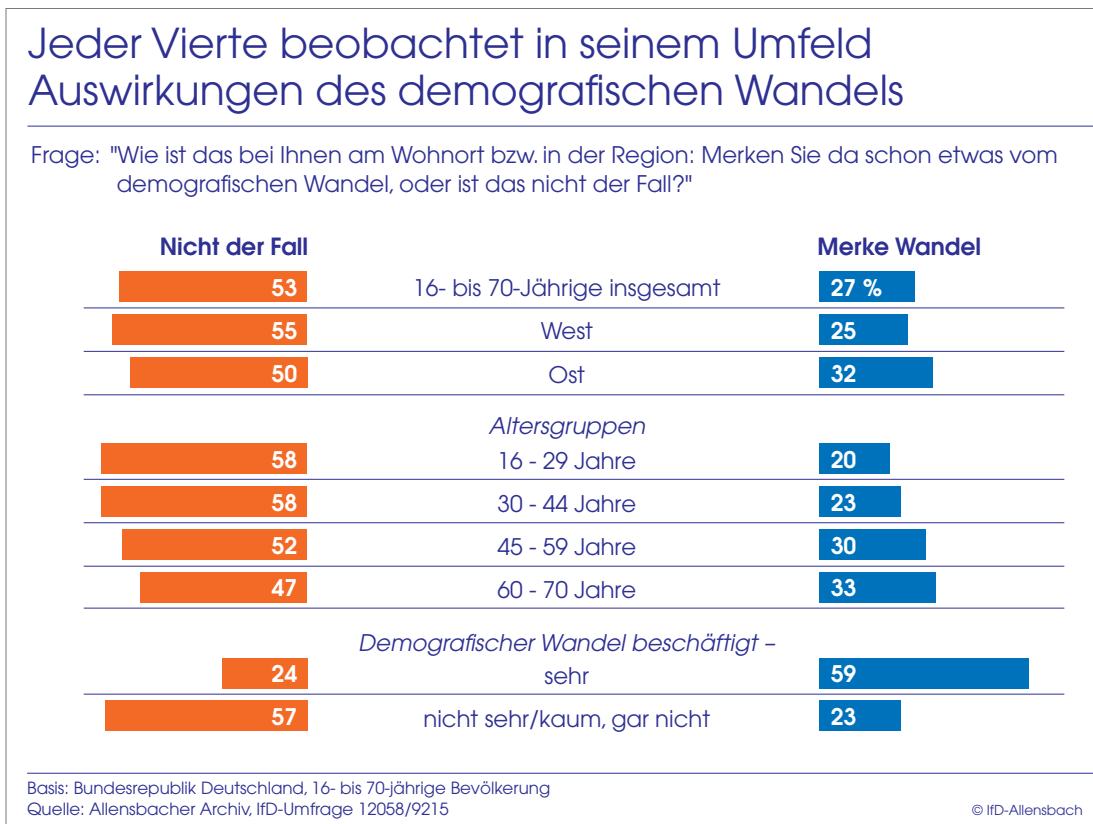
Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Entwicklungen, die sich kontinuierlich vollziehen, werden oft nicht als Veränderung wahrgenommen; es gibt keine plötzlichen Einschnitte, die sich einprägen, sondern graduelle Veränderungen, die den meisten suggerieren, dass ihr Umfeld vertraut und stabil ist. Dies erklärt, warum die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck hat, dass sich an ihrem Wohnort und in ihrer Region keine auffälligen Auswirkungen des demografischen Wandels zeigen. Lediglich 27 Prozent der Bevölkerung beobachten in ihrer näheren Region Auswirkungen des demografischen Wandels, während 53 Prozent keinerlei Anzeichen erkennen können. Die ostdeutsche Bevölkerung ist hier stärker sensibilisiert als die westdeutsche; Ostdeutschland ist durch die Abwanderung Jüngerer insbesondere in den ersten 10, 15 Jahren nach 1990 deutlich stärker vom demografischen Wandel betroffen als Westdeutschland. Die Wahrnehmung der Anzeichen des demografischen Wandels hängt auch vom Lebensalter ab; den Älteren ist diese Entwicklung bewusster als den Jüngeren, insbesondere den unter 30-Jährigen. Vor allem zeigt sich jedoch ein enger Zusammenhang zwischen dem Interesse an der

demografischen Entwicklung und der Wahrnehmung der dadurch evozierten Veränderungen im eigenen Umfeld. Von denjenigen, die sich intensiv mit dem Thema demografischer Wandel beschäftigen, beobachten 59 Prozent auch bereits Auswirkungen des demografischen Wandels an ihrem Wohnort oder in der näheren Region, von denjenigen, die sich mit dem Thema nur wenig oder kaum auseinandersetzen, dagegen nur 23 Prozent.

Schaubild 4



Die Bevölkerung nimmt die Konsequenzen des demografischen Wandels nur begrenzt wahr und fühlt sich in der Mehrheit auch nicht davon betroffen. Sie hat jedoch klare Vorstellungen, wie eine Gesellschaft auf den demografischen Wandel reagieren muss. So ist die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass vor allem die Rahmenbedingungen für die Pflege Älterer verbessert werden müsste: 73 Prozent halten es für besonders wichtig, Pflegeberufe attraktiver zu machen, 69 Prozent Familien zu unterstützen, die ihre Angehörigen selbst pflegen, 61 Prozent mehr Plätze zur Pflege und Betreuung

älterer Menschen zu schaffen. Neben diesen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Pflege Älterer hält die Bevölkerung es vor allem für wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, junge Familien generell stärker zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für die private Altersvorsorge zu verbessern. Darüber hinaus ist vielen auch bewusst, dass dem Renteneintrittsalter in einer alternden Gesellschaft besondere Bedeutung zukommt. 55 Prozent halten es daher für dringlich, das Renteneintrittsalter für verschiedene Berufsgruppen flexibler zu gestalten, 45 Prozent auch Anreize zu schaffen, um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit attraktiver zu machen.

Schaubild 5

| Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels | |
|---|-------------------------------------|
| Besonders wichtig, um den demografischen Wandel in den Griff zu bekommen – | 16- bis 70-jährige Bevölkerung % |
| Top 10 | |
| Dafür sorgen, dass der Pflegeberuf attraktiver wird | 73 |
| Familien fördern, die ihre Angehörigen selbst pflegen | 69 |
| Kinderbetreuung ausbauen, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren | 62 |
| Mehr Plätze zur Pflege und Betreuung älterer Menschen schaffen | 61 |
| Die Bürger beim Aufbau einer privaten Altersvorsorge stärker unterstützen | 56 |
| Das Renteneintrittsalter für verschiedene Berufsgruppen flexibler gestalten | 55 |
| Junge Familien stärker unterstützen | 54 |
| Altersgerechte Umbaumaßnahmen von Häusern stärker fördern | 48 |
| Es für ältere Arbeitnehmer attraktiver machen, länger im Beruf zu bleiben | 45 |
| Die Staatsverschuldung abbauen, um die Belastungen für die junge Generation zu senken | 42 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Anderen Maßnahmen misst die Bevölkerung dagegen deutlich geringere Bedeutung bei. Das gilt für den Ausbau der beruflichen Weiterbildung, für die verstärkte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, aber auch für bessere Beratungsangebote zum Thema Altersvorsorge und für die Förderung der Teilhabe-

und Unterstützungsangebote für Ältere in den Kommunen. Immerhin 38 Prozent der Bevölkerung halten jedoch gerade auch den letzten Aspekt für wichtig, knapp jeder Dritte die verstärkte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, jeder Fünfte den Ausbau von Weiterbildungsangeboten. Nur eine kleine Minderheit hält es dagegen für wichtig, zur Bewältigung des demografischen Wandels die Sozialbeiträge zu erhöhen oder auch das Renteneintrittsalter heraufzusetzen. Lediglich 6 Prozent sind überzeugt, dass die Beiträge zur Sozialversicherung erhöht werden müssten, 12 Prozent, dass das Renteneintrittsalter generell heraufgesetzt werden sollte. Zwar belegen Untersuchungen, dass die Bevölkerung durchaus mit einer weiteren Heraufsetzung des Rentenalters rechnet wie auch mit der Erhöhung der Sozialabgaben. Diese Maßnahmen waren jedoch nie populär und die Wünschbarkeit aus der Sicht der Bevölkerung beeinflusst auch ihre Vorstellung von der Agenda zur Bewältigung des demografischen Wandels.

Schaubild 6

| Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels | |
|---|-------------------------------------|
| Besonders wichtig, um den demografischen Wandel in den Griff zu bekommen - | 16- bis 70-jährige Bevölkerung % |
| Teilhabe- und Unterstützungsangebote für Ältere in Kommunen fördern | 38 |
| Bessere Beratungsangebote für die finanzielle Lage im Alter bzw. die Altersvorsorge bereitstellen | 37 |
| Verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben | 31 |
| Weiterbildungsangebote ausbauen | 21 |
| Verbreitung digitaler medizinischer Angebote wie Videosprechstunden fördern | 18 |
| Das Renteneintrittsalter heraufsetzen | 12 |
| Die Beiträge zur Sozialversicherung erhöhen | 6 |

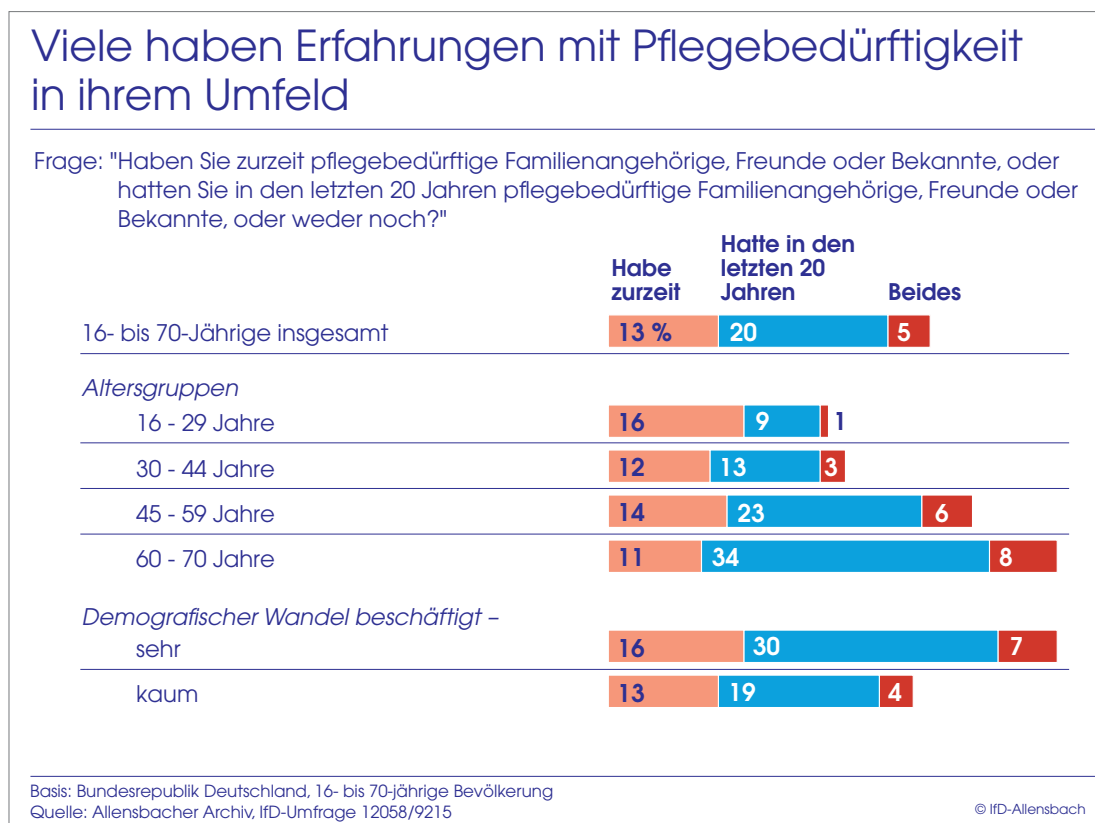
Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

ERFAHRUNGEN MIT PLEGEBEDÜRFTIGKEIT

Die Maßnahmen, denen die Bevölkerung zur Bewältigung des demografischen Wandels besonders große Bedeutung beimisst, betreffen insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege Älterer. Viele haben persönliche Erfahrungen mit der Pflegesituation, sei es durch pflegebedürftige Angehörige oder auch durch Pflegefälle im Freundes- oder Bekanntenkreis. 18 Prozent sind zurzeit mit dieser Situation konfrontiert, weitere 20 Prozent zwar nicht aktuell, aber im Verlauf der letzten 20 Jahre. Mit zunehmendem Alter nehmen diese Erfahrungen zu: Während von den 30- bis 44-Jährigen 28 Prozent Erfahrungen mit Pflegefällen haben, gilt dies für 43 Prozent der 45- bis 59-Jährigen und 53 Prozent der 60- bis 70-Jährigen.

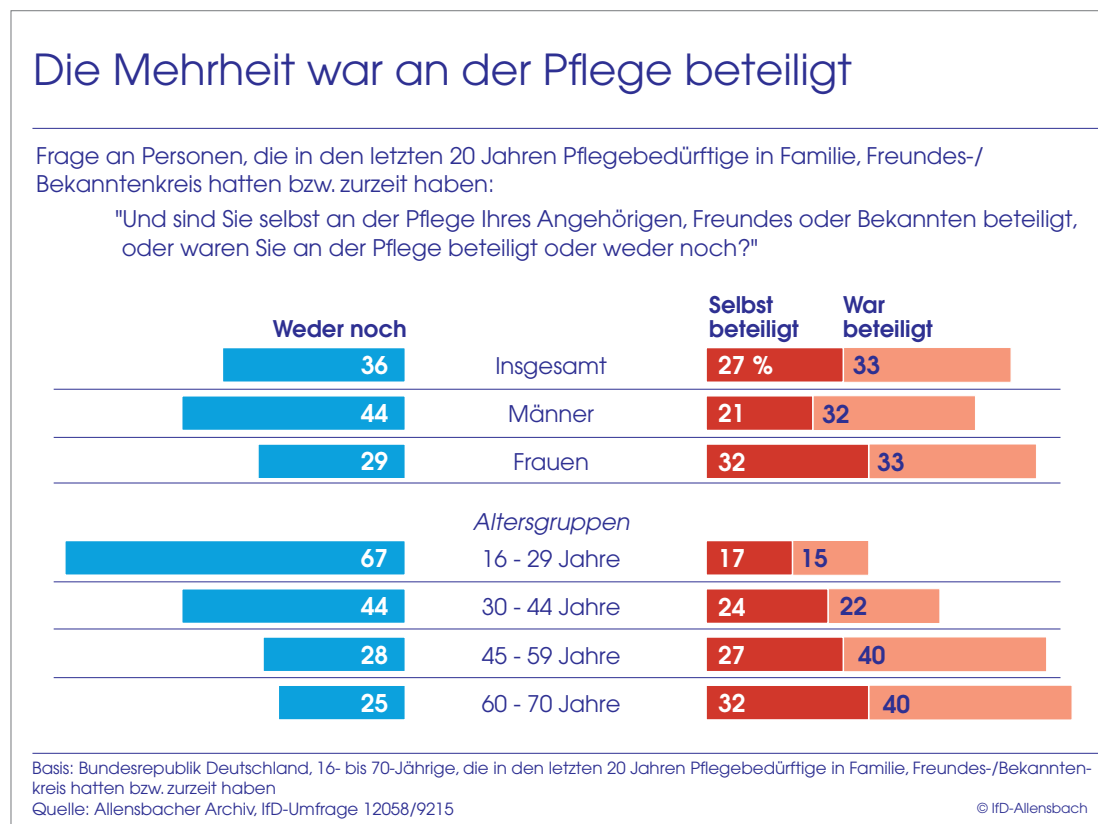
Schaubild 7



Die Mehrheit derjenigen, die zurzeit in ihrem privaten Umfeld einen Pflegefall haben oder in den letzten 20 Jahren mit einer solchen Situation konfrontiert waren, ist bzw. war selbst an der Pflege beteiligt. Das gilt für Frauen signifikant mehr als für Männer, für 45-Jährige und Ältere deutlich mehr als für unter 45-Jährige. Während von den unter 30-Jährigen, die bereits mit einem Pflegefall konfrontiert waren oder sind, nur jeder Dritte an der Pflege beteiligt war, gilt dies für knapp die Hälfte der 30- bis 44-Jährigen und für die überwältigende Mehrheit der 45-Jährigen und Älteren. Von den 60- bis 70-Jährigen, die bereits Pflegefälle in ihrem privaten Umfeld hatten oder aktuell haben, sind zurzeit 32 Prozent selbst an der Pflege beteiligt, weitere 40 Prozent waren es früher.

Von den Männern, die mit einem Pflegefall konfrontiert waren oder es aktuell sind, hat gut jeder Zweite bereits Pflegeaufgaben übernommen, von den Frauen dagegen zwei Drittel.

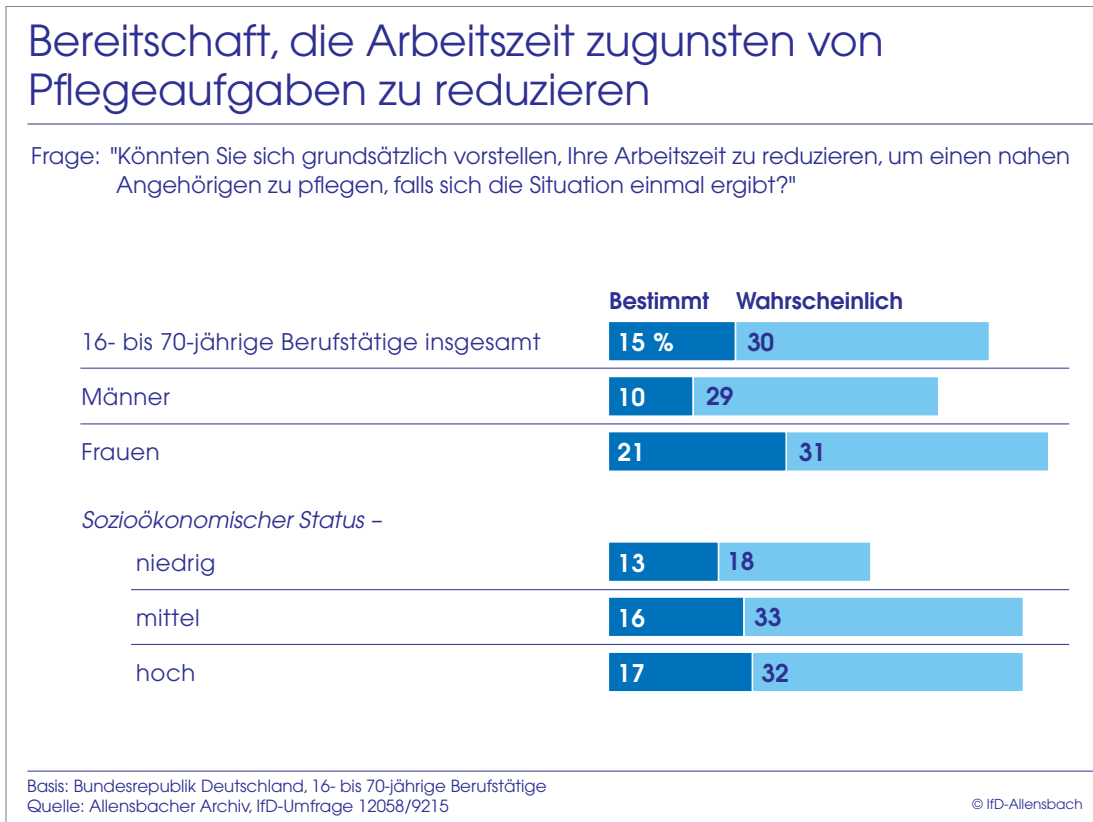
Schaubild 8



Ein Grund für die unterschiedliche Beteiligung von Männern und Frauen an der privaten Pflege ist die unterschiedliche zeitliche Belastung durch den Beruf. Die Erwerbsquote von Frauen ist zwar über die letzten Jahrzehnte hinweg kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2000 waren 80 Prozent der Männer und 64 Prozent der Frauen erwerbstätig; heute sind es 83 Prozent der Männer und 75 Prozent der Frauen. Gleichzeitig ist jedoch im Durchschnitt das Stundenkontingent sehr unterschiedlich, so sind 12 Prozent der erwerbstätigen Männer und 49 Prozent der erwerbstätigen Frauen Teilzeit beschäftigt. Frauen sind jedoch auch in deutlich höherem Maße bereit, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um einen nahen Angehörigen zu pflegen. Dies gilt für 52 Prozent der erwerbstätigen Frauen, aber nur für 39 Prozent der erwerbstätigen Männer.

Auch bei Vollzeit berufstätigen Frauen ist die Bereitschaft mit 47 Prozent deutlich höher als bei Vollzeit berufstätigen Männern (36 Prozent). Am größten ist die Bereitschaft, beruflich zugunsten privater Pflegeaufgaben zurückzustecken, unter Frauen, die zwischen 20 und 35 Stunden in der Woche arbeiten; von ihnen wären 30 Prozent auf jeden Fall, weitere 33 Prozent wahrscheinlich dazu bereit.

Auch der sozioökonomische Status beeinflusst die Bereitschaft, die Arbeitszeit zugunsten der Pflege von Angehörigen zu reduzieren. In der Mittel- und Oberschicht ist diese Bereitschaft ähnlich ausgeprägt und jeder Zweite bestimmt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit bereit, eine solche Entscheidung zu treffen. Deutlich geringer fällt dagegen die Bereitschaft in den schwächeren sozialen Schichten aus: So können sich nur 31 Prozent der Berufstätigen aus den schwächeren sozialen Schichten vorstellen, dass sie ihre Arbeitszeit reduzieren, um Pflegeaufgaben zu übernehmen.



Die geringere Bereitschaft in den schwächeren sozialen Schichten hat primär mit finanziellen Gründen zu tun. 68 Prozent der Erwerbstätigen aus den schwächeren sozialen Schichten, die sich nicht vorstellen können, ihre Arbeitszeit zugunsten von Pflegeaufgaben zu reduzieren, führen dafür finanzielle Gründe an, in den mittleren Schichten dagegen 49 Prozent und in den höheren Schichten nur 28 Prozent. In den höheren Schichten wird dagegen vorrangig das Argument angeführt, dass man sich die Pflege nicht zutraut: 63 Prozent der Erwerbstätigen aus den höheren sozialen Schichten, die sich die Reduzierung ihrer Erwerbstätigkeit zugunsten von Pflegeaufgaben nicht vorstellen können, führen dies als Begründung an, in den mittleren Schichten 39 Prozent und in den schwächeren Schichten lediglich jeder Dritte. Insgesamt werden finanzielle Gründe am häufigsten angeführt, relativ knapp gefolgt von dem Argument, dass man sich die Wahrnehmung der Pflegeaufgaben nicht zutraut. Dagegen spielt die Sorge um die beruflichen Perspektiven eine deutlich

geringere Rolle, noch weniger das Argument, dass die Angehörigen nicht in räumlicher Nähe wohnen.

Schaubild 10

| Gründe, warum man die Arbeitszeit nicht verkürzen würde | | | | |
|---|-----------|--------------------------|-----------|-----------|
| Frage: "Und warum würden Sie das nicht machen: aus finanziellen Gründen, aus Sorge um Ihre Berufsaussichten, weil Ihre Angehörigen nicht in der Nähe wohnen, weil Sie sich das nicht zutrauen, oder warum sonst?" | | | | |
| Berufstätige, die wahrscheinlich/sicher nicht die Arbeitszeit reduzieren würden, um einen nahen Angehörigen zu pflegen | | | | |
| | | Sozioökonomischer Status | | |
| | insgesamt | niedrig | mittel | hoch |
| | % | % | % | % |
| Finanzielle Gründe | 49 | 68 | 49 | 28 |
| Sorge um Berufsaussichten | 27 | 20 | 28 | 31 |
| Angehörige wohnen nicht in der Nähe | 6 | 8 | 4 | 8 |
| Traue mir das nicht zu | 43 | 33 | 39 | 63 |
| Anderes | 8 | 7 | 9 | 7 |
| Keine Angabe | 1 | x | 3 | - |

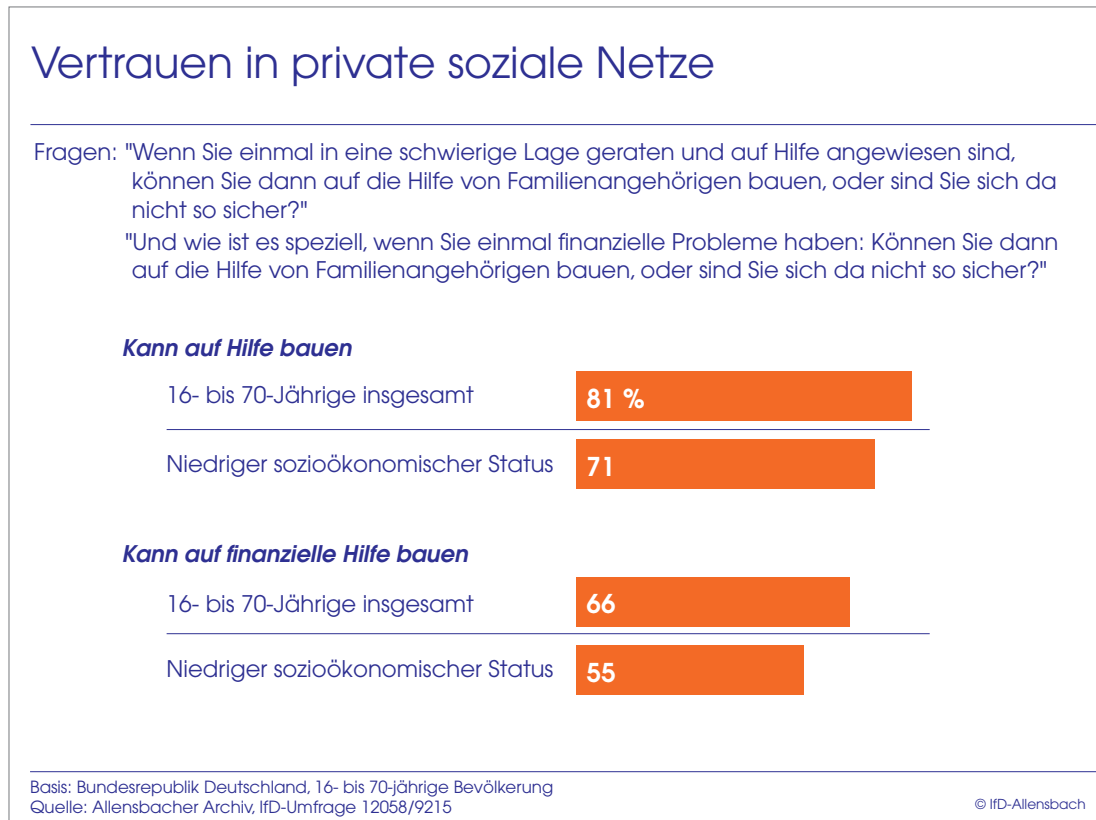
x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die wahrscheinlich/sicher nicht die Arbeitszeit reduzieren würden, um einen nahen Angehörigen zu pflegen
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

Auch wenn sich die Mehrheit der Erwerbstätigen nicht vorstellen kann, die eigene Berufstätigkeit zugunsten von Pflegeaufgaben zu reduzieren, ist das, was die Bevölkerung heute bereits auf diesem Feld leistet, durchaus eindrucksvoll. Die privaten sozialen Netze spielen generell eine große Rolle und sind auch oft durchaus intakt und leistungsfähig. So ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass sie in schwierigen Situationen auf die Hilfe von Angehörigen bauen kann: 81 Prozent der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung gehen davon aus, in den schwächeren sozialen Schichten 71 Prozent. Auch wenn finanzielle Probleme auftreten, ist die große Mehrheit der Bevölkerung zuversichtlich, dass sie in einem solchen Fall durch Angehörige unterstützt würde: 66 Prozent der Bevölkerung gehen

davon aus, dass sie auf die finanzielle Hilfe von Angehörigen bauen können, in den schwächeren sozialen Schichten immerhin auch 55 Prozent.

Schaubild 11



Auch im Alltag spielen die sozialen Netze eine große Rolle. 23 Prozent der Bevölkerung helfen Verwandten, Nachbarn oder Freunden wöchentlich, teilweise mehrmals in der Woche bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben im Haushalt, bei der Kinderbetreuung oder bei Erledigungen, weitere 30 Prozent einmal oder mehrmals im Monat. Umgekehrt werden auch 14 Prozent selbst regelmäßig ein- oder mehrmals in der Woche selbst unterstützt, weitere 26 Prozent zumindest ein- oder mehrmals im Monat.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 28 a) und 29 a).

Bei der Bewältigung der demografischen Entwicklung wird viel davon abhängen, wie weit es gelingt, die sozialen Netze zu stärken und insbesondere die Bereitschaft und die Möglichkeiten der privaten Pflege zu unterstützen.

PRÄFERENZEN UND VORSORGE FÜR EINE EIGENE PFLEGE- BEDÜRFTIGKEIT

Die große Bedeutung der privaten sozialen Netze und insbesondere der Angehörigen für die künftige Absicherung der Pflege zeigt sich auch in den Präferenzen und Erwartungen, wie man selbst einmal im Pflegefall betreut werden wird und werden möchte. Von den 50-Jährigen und Älteren bauen 62 Prozent darauf, dass der eigene Partner, die eigene Partnerin zumindest einen Teil der Pflege übernimmt; 46 Prozent gehen davon aus, dass sich (auch) die eigenen Kinder engagieren werden, 13 Prozent zählen auf weitere Angehörige außerhalb der Kernfamilie. Aggregiert man diese Erwartungen, so gehen insgesamt 72 Prozent der 50- bis 70-Jährigen davon aus, dass Angehörige ihre Pflege ganz oder teilweise übernehmen. Männer setzen überdurchschnittlich auf die Pflege durch ihre Partnerin, Frauen überdurchschnittlich auf die Unterstützung durch ihre Kinder.¹

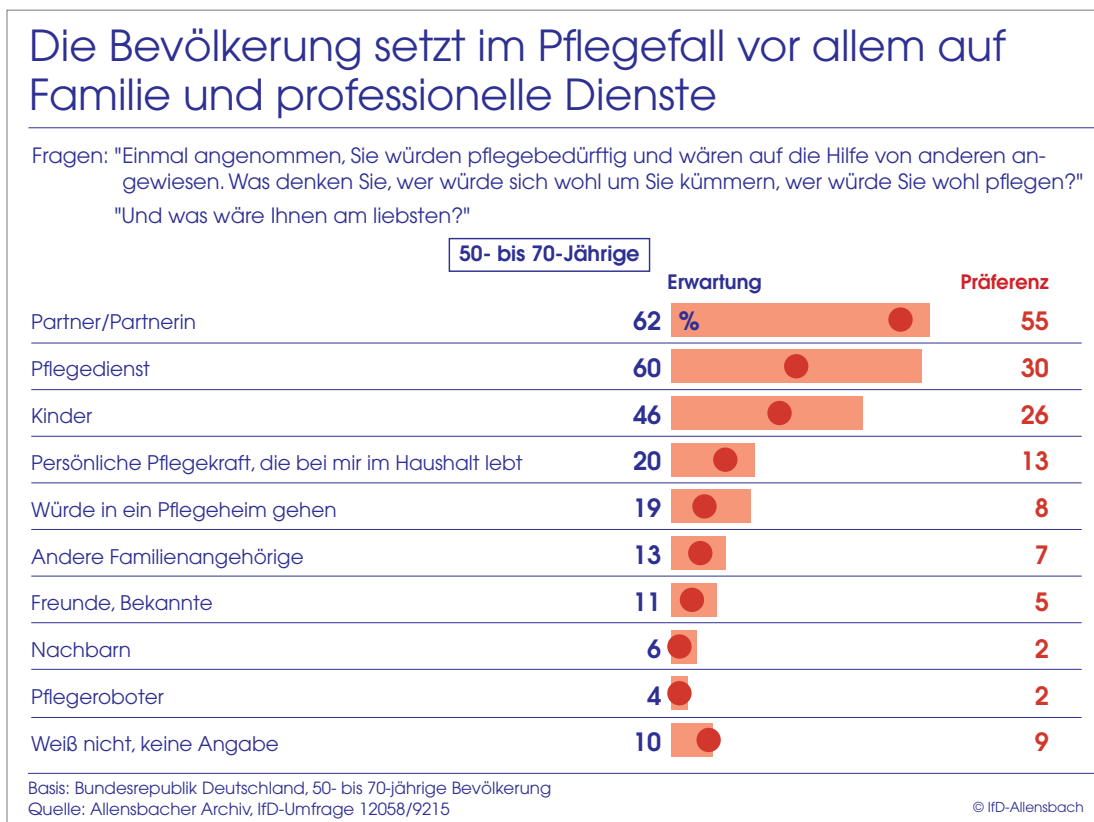
Neben dem Engagement von Angehörigen setzen 50- bis 70-Jährige vor allem auf Pflegedienste. 60 Prozent erwarten, dass auch professionelle Pflegedienste einen Teil der Pflege übernehmen werden. 20 Prozent setzen auf eine Pflegekraft, die in ihrem Haushalt lebt; 19 Prozent gehen davon aus, dass sie in ein Pflegeheim ziehen würden. Die höheren sozialen Schichten gehen unterdurchschnittlich davon aus, dass sie die Pflegesituation in einem Pflegeheim bewältigen werden, bauen dagegen überdurchschnittlich auf die Pflege durch den Partner, die Partnerin und auf persönliche Pflegekräfte, die dann in ihrem Haushalt leben: 32 Prozent der 50- bis 70-Jährigen aus den höheren sozialen Schichten sind überzeugt, dass sie auf eine solche private Pflegekraft werden bauen können, in den schwächeren sozialen Schichten dagegen nur 11 Prozent. Die schwächeren sozialen Schichten erwarten auch deutlich unterdurchschnittlich, dass sie auf den Partner oder ihre Partnerin bauen können, während die eigenen Kinder und auch andere Angehörige in ähnlichem Umfang eingeplant werden wie vom Durchschnitt der 50- bis 70-Jährigen.

Die Wünsche weichen teilweise gravierend von diesen Erwartungen ab. Das gilt insbesondere für die Inanspruchnahme von Pflegediensten, Pflegeheimen und

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 20 a).

Kindern. Während 60 Prozent der 50- bis 70-Jährigen davon ausgehen, dass sich im Pflegefall auch ein Pflegedienst an der Pflege beteiligen würde, ist dies nur für 30 Prozent das Ideal. Ein Pflegeheim ziehen zwar 19 Prozent in Betracht, aber nur 8 Prozent wünschen sich, später einmal in einem Pflegeheim gepflegt zu werden. Interessant ist der Unterschied, der zwischen Partnern und Kindern gemacht wird: Während die Pflege durch die Partner nicht nur in den Erwartungen dominiert, sondern mit großem Abstand auch in den Präferenzen, gehen weitaus mehr davon aus, dass sie auch auf ihre Kinder werden rekurrieren müssen, als sie dies tatsächlich wünschen: 46 Prozent der 50- bis 70-Jährigen sind überzeugt, dass sie im Pflegefall durch ihre Kinder unterstützt würden, nur für 26 Prozent ist dies das Ideal.

Schaubild 12



Die Wünsche zur Gestaltung der Pflegesituation sind klar darauf ausgerichtet, auch in dieser Lage weitgehend autonom zu bleiben und möglichst weiter im eigenen Haushalt zu leben. Das gilt nicht nur für die 50- bis 70-Jährigen, sondern für die gesamte

Bevölkerung, deren Präferenzen hier nur marginal von denen der 50- bis 70-Jährigen abweichen. 53 Prozent der Bevölkerung wünschen sich, dass sie im Pflegefall in der eigenen Wohnung vom Partner, von der Partnerin gepflegt werden, 49 Prozent die Pflege in der eigenen Wohnung, unterstützt durch einen Pflegedienst. 36 Prozent finden in dieser Situation auch ein Mehrgenerationenhaus mit eigenen Wohnungen ideal, ähnlich viele (34 Prozent) das betreute Wohnen, das ja ebenfalls weitgehend die Autonomie der Lebensführung sichert. Gut jeder Vierte sieht auch die Option positiv, im Haushalt von Angehörigen zu leben, die auch die Pflege übernehmen.

Völlig abgeschlagen ist hier dagegen das Pflegeheim, das sich nur 9 Prozent als Umfeld für ihre persönliche Pflegesituation wünschen. Wenn zusätzlich zu den Präferenzen ermittelt wird, welche Betreuungssituation man sich durchaus auch noch vorstellen kann, auch wenn man sie nicht präferiert, fällt das Pflegeheim noch weiter zurück: Zu den 9 Prozent, die eine Betreuung im Pflegeheim positiv sehen, kommen lediglich 14 Prozent, für die die Unterbringung in einem Pflegeheim vorstellbar ist. Alle anderen Optionen schneiden ungleich besser ab, insbesondere die Unterstützung durch einen Pflegedienst, die Option eines Mehrgenerationenhauses und die Option des betreuten Wohnens. 34 Prozent der Bevölkerung zählen das betreute Wohnen zu den idealen Betreuungsvarianten, weitere 40 Prozent können sich jedoch vorstellen, diese Option zu nutzen. Das Mehrgenerationenhaus bewerten 36 Prozent als ideal, weitere 32 Prozent können sich durchaus vorstellen, im Pflegefall in dieser Konstellation zu leben.

Präferenz für Pflege in den eigenen vier Wänden

Fragen: "Einmal unabhängig von der derzeitigen Situation: Wenn Sie im Alter einmal nicht mehr selbstständig leben können und auf Pflege angewiesen sind: Was von dieser Liste wäre Ihnen am liebsten? Wie möchten Sie am liebsten leben, wenn Sie auf Pflege angewiesen sind?"

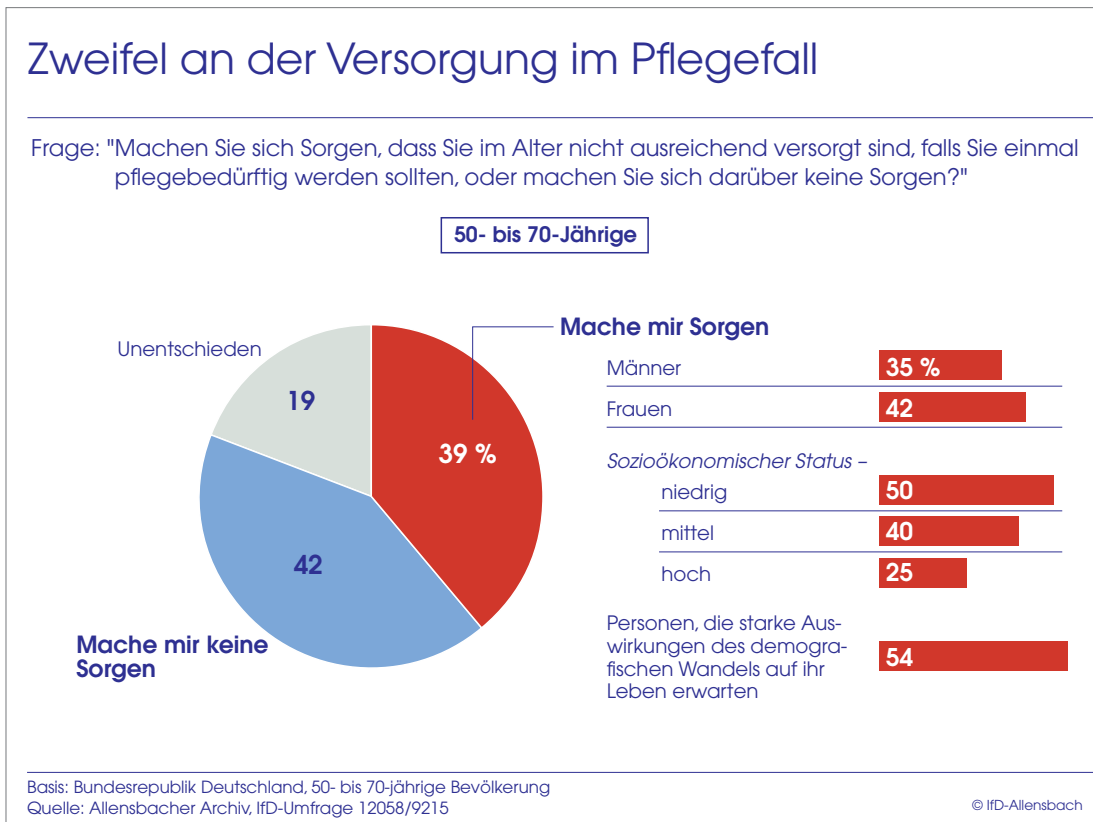
"Und wie könnten Sie sich auch noch vorstellen zu leben?"

| | 1. Präferenz % | 2. Präferenz % |
|--|-------------------|-------------------|
| In der eigenen Wohnung, gepflegt vom Partner/der Partnerin | 53 | 27 |
| In der eigenen Wohnung mit Pflegedienst, der nach Hause kommt | 49 | 36 |
| In einem Mehrgenerationenhaus in einer eigenen Wohnung | 36 | 32 |
| Im betreuten Wohnen | 34 | 40 |
| Im Haushalt von Kindern, Enkeln oder anderen Familienangehörigen, die auch die Pflege übernehmen | 27 | 23 |
| In einer Wohngruppe mit anderen älteren Menschen | 25 | 28 |
| In der eigenen Wohnung mit einer Pflegekraft, die 24 Stunden vor Ort ist | 18 | 22 |
| Im Pflegeheim | 9 | 14 |
| Nichts davon | 3 | 10 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 112058/9215

© IfD-Allensbach

Obwohl die Wahrscheinlichkeit hoch ist, eines Tages mit dieser Situation konfrontiert zu sein, sorgt nur eine Minderheit langfristig für diesen Fall vor. Zwar machen sich immerhin 39 Prozent der 50- bis 70-Jährigen Sorgen, dass sie im Pflegefall nicht ausreichend versorgt sein könnten. Frauen bewegt diese Sorge mehr als Männer, die schwächeren sozialen Schichten weitaus stärker als die höheren Sozialschichten. Am meisten machen sich diejenigen Sorgen, die sich mit dem Thema demografischer Wandel intensiv auseinandersetzen und die auch starke Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf ihr Leben erwarten: Von ihnen machen sich 54 Prozent Sorgen, dass sie im Alter nicht ausreichend versorgt sein könnten, wenn sie pflegebedürftig werden. In den schwächeren sozialen Schichten treiben diese Sorgen ebenfalls 50 Prozent um, in den höheren dagegen nur 25 Prozent.



Dabei richtet sich die Sorge der schwächeren sozialen Schichten und der Mittelschicht primär auf die finanzielle Absicherung für den Pflegefall, während sich die höheren sozialen Schichten primär Gedanken machen, ob die Infrastruktur ihren Anforderungen entsprechen wird. Von den 50-Jährigen und Älteren aus den höheren Sozialschichten, die sich Sorgen machen, nicht ausreichend abgesichert zu sein, begründen dies 58 Prozent mit der Sorge, dass kein geeigneter Pflegedienst zur Verfügung stehen könnte; dagegen machen sich nur 46 Prozent aus den höheren sozialen Schichten über die Finanzierung der Pflegesituation Gedanken. In den schwächeren und mittleren sozialen Schichten fürchten dagegen 84 bzw. 85 Prozent derjenigen, die sich Sorgen um ihre Versorgung machen, dass ihre finanziellen Mittel in dieser Situation nicht ausreichen könnten. Dagegen fürchten sie weitaus weniger als die höheren sozialen Schichten, dass sie keinen geeigneten Pflegedienst finden. Neben der Befürchtung, dass die finanziellen Mittel für die Bewältigung der Pflegesituation unzureichend sind, zweifeln insbesondere die schwächeren sozialen Schichten auch

überdurchschnittlich an der Belastbarkeit ihrer privaten sozialen Netze in dieser Situation: So fürchten 28 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten, in einem solchen Fall nicht durch Angehörige unterstützt zu werden; eine Sorge, die in der Mittelschicht nur 18 Prozent und in den höheren sozialen Schichten 12 Prozent teilen.

Schaubild 15

**In den schwächeren sozialen Schichten
Hauptsorge Finanzen**

Frage: "Und worüber machen Sie sich vor allem Sorgen: darüber, später nicht ausreichend über finanzielle Mittel zu verfügen, dass Sie keinen geeigneten Pflegedienst finden, dass Angehörige Sie nicht unterstützen, oder worüber sonst?"

50- bis 70-Jährige, die sich über eine mögliche Pflegebedürftigkeit Sorgen machen

| | insgesamt | Sozioökonomischer Status | | |
|--------------------------------------|-----------|--------------------------|-----------|-----------|
| | | niedrig | mittel | hoch |
| | % | % | % | % |
| Nicht ausreichend finanzielle Mittel | 79 | 85 | 84 | 46 |
| Kein geeigneter Pflegedienst | 40 | 32 | 39 | 58 |
| Angehörige unterstützen nicht | 20 | 28 | 18 | 12 |
| Anderes | 5 | 1 | 3 | 14 |
| Keine Angabe | 2 | 2 | 2 | - |

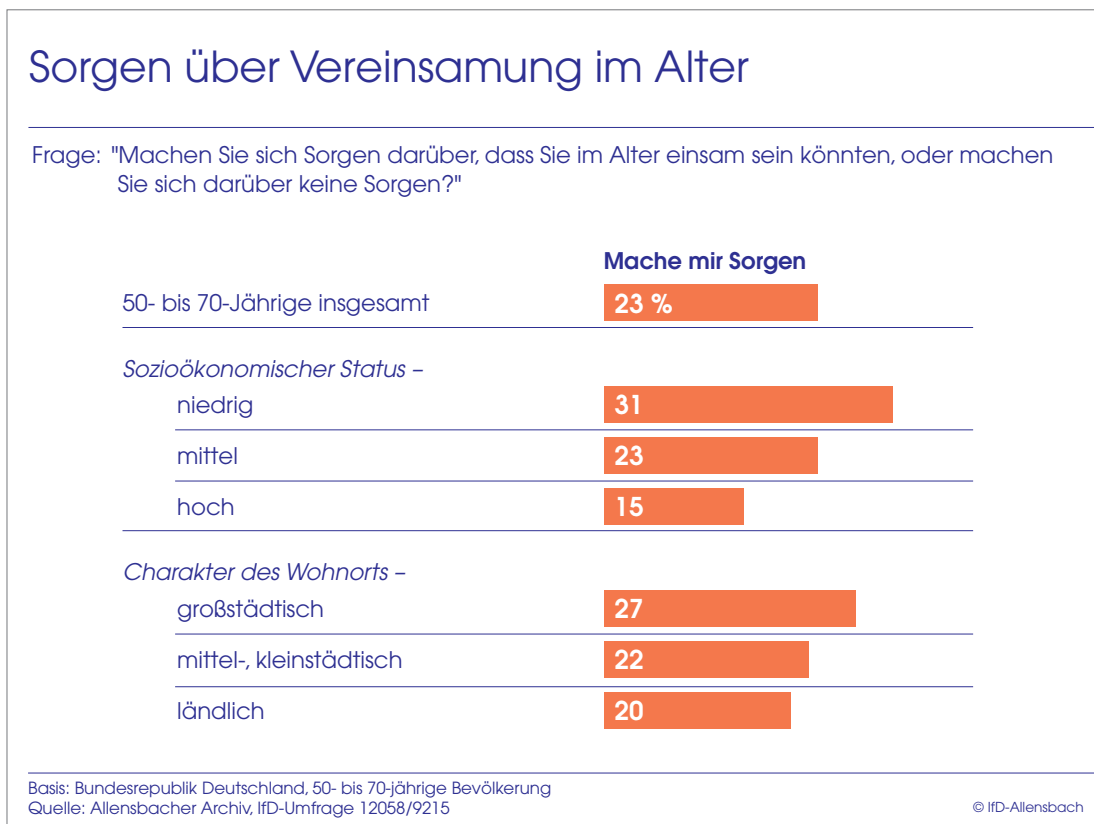
Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-Jährige, die sich über eine mögliche Pflegebedürftigkeit Sorgen machen
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

Das schwächere Zutrauen der Bevölkerungskreise mit niedrigem sozioökonomischen Status geht nicht darauf zurück, dass sie weniger nahe Angehörige in der Nähe haben. Lediglich jeder Fünfte ist damit konfrontiert, dass die nahen Angehörigen in der Regel weiter entfernt wohnen; dies gilt für die schwächeren sozialen Schichten wie für die Mittelschicht, leicht überproportional für die höheren sozialen Schichten.¹ Es deutet jedoch viel darauf hin, dass die privaten sozialen Netze in den schwächeren sozialen Schichten weniger leistungsfähig sind. So sind Ängste, im Alter zu vereinsamen, in

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 32 a).

den schwächeren sozialen Schichten wesentlich ausgeprägter als in den höheren Schichten: 31 Prozent der 50-Jährigen und Älteren aus den schwächeren sozialen Schichten befürchten, sie könnten im Alter vereinsamen, in der Mittelschicht 23 Prozent, in den höheren sozialen Schichten lediglich 15 Prozent. Die Schicht korreliert mit diesen Ängsten deutlich stärker als der Charakter des Wohnortes, die Frage, ob jemand im städtischen oder ländlichen Milieu wohnt.

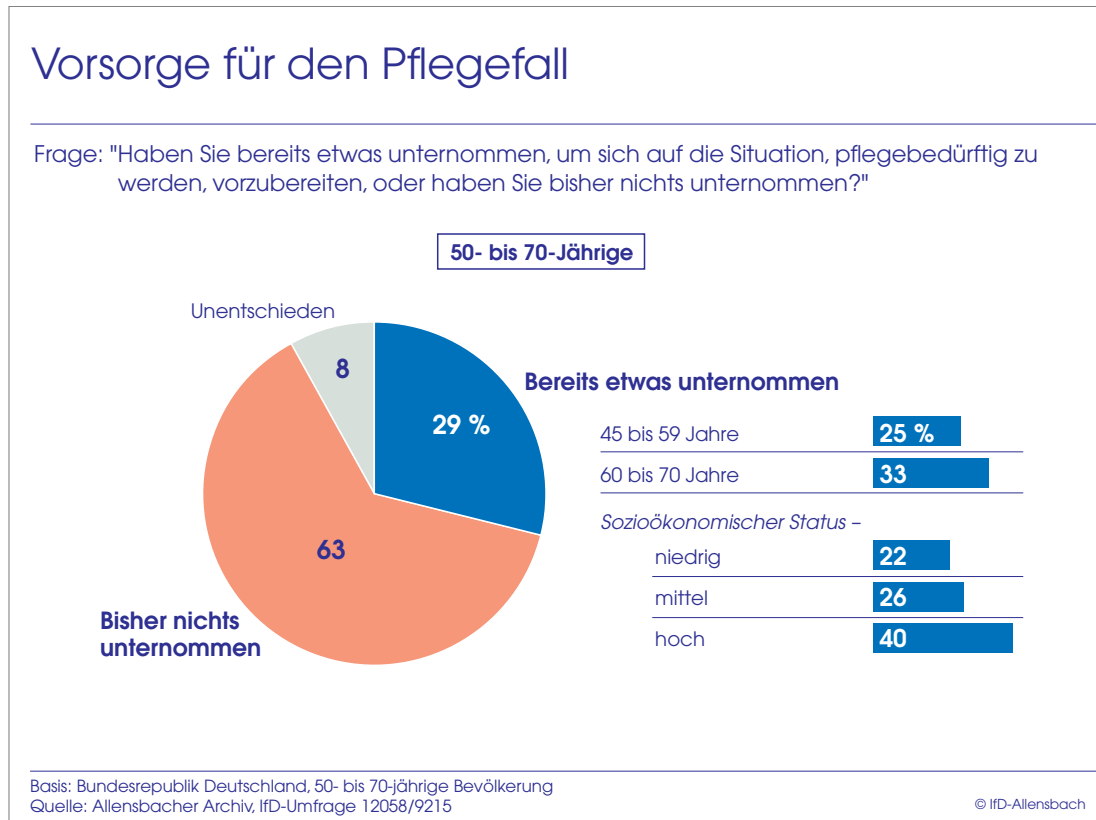
Schaubild 16



Konkrete Maßnahmen, um sich auf die Situation einer eigenen Pflegebedürftigkeit, vorzubereiten, hat bisher nur eine Minderheit getroffen. Von den 50- bis 70-Jährigen haben 29 Prozent bereits Maßnahmen ergriffen; mit zunehmendem Alter wächst dieser Anteil zwar, liegt aber auch bei den 60- bis 70-Jährigen nur bei 33 Prozent. Auch hier gibt es wieder erhebliche Unterschiede zwischen den sozialen Schichten: In den höheren sozialen Schichten haben 40 Prozent der 50- bis 70-Jährigen bereits

Vorsorgemaßnahmen eingeleitet, in den schwächeren sozialen Schichten dagegen nur 22 Prozent.

Schaubild 17



Die konkreten Vorsorgemaßnahmen konzentrieren sich dabei vor allem auf die finanzielle Absicherung des Pflegefalls. So haben 51 Prozent derjenigen, die bereits Maßnahmen eingeleitet haben, eine private Pflegezusatzversicherung abgeschlossen, 37 Prozent legen für diesen Fall (darüber hinaus) Geld beiseite. Weitere 37 Prozent haben sich darüber hinaus informiert, welche Pflegemöglichkeiten es für sie im eigenen Zuhause gibt; jeder Dritte hat auch mit Angehörigen und Freunden gesprochen, wieweit sie sich in diesem Fall engagieren könnten. 14 Prozent haben auch schon die Beratung von spezialisierten Beratungsstellen in Anspruch genommen. Mit zunehmendem Alter verschieben sich die Vorsorgemaßnahmen. Während der Abschluss einer privaten Pflegezusatzversicherung bei 45- bis 59-Jährigen eine größere Rolle spielt als bei den 60- bis 70-Jährigen, legen diese in höherem Anteil

generell Geld beiseite für die Absicherung der Pflegesituation. Vor allem wächst jedoch mit zunehmendem Alter der Informationsbedarf und entsprechend auch die Tendenz, sich umfassend über die Optionen, die in diesem Fall zur Verfügung stünden, zu informieren. Das gilt für Sondierungen im privaten Kreis wie für die Information über die abseits der Familie zur Verfügung stehende Infrastruktur: Während sich nur 20 Prozent der 45- bis 59-Jährigen bereits informiert haben, welche Pflegemöglichkeiten es für sie im eigenen Zuhause gäbe, haben hier schon 51 Prozent der 60- bis 70-Jährigen Informationen eingeholt. Im privaten Kreis haben bereits 24 Prozent der 45- bis 59-Jährigen sondiert, wieweit sich Angehörige oder Freunde in diesem Fall engagieren könnten, von den 60- bis 70-Jährigen dagegen 42 Prozent. Beratungsstellen, die über Unterstützungsmöglichkeiten informieren, sind nur von 5 Prozent der 45- bis 59-Jährigen bereits in Anspruch genommen worden, aber von 22 Prozent der 60- bis 70-Jährigen. Die Ergebnisse zeigen, dass mit Erreichen des 60. Lebensjahres der Informationsbedarf über die Optionen, die im Pflegefall zur Verfügung stünden, sprunghaft ansteigt.

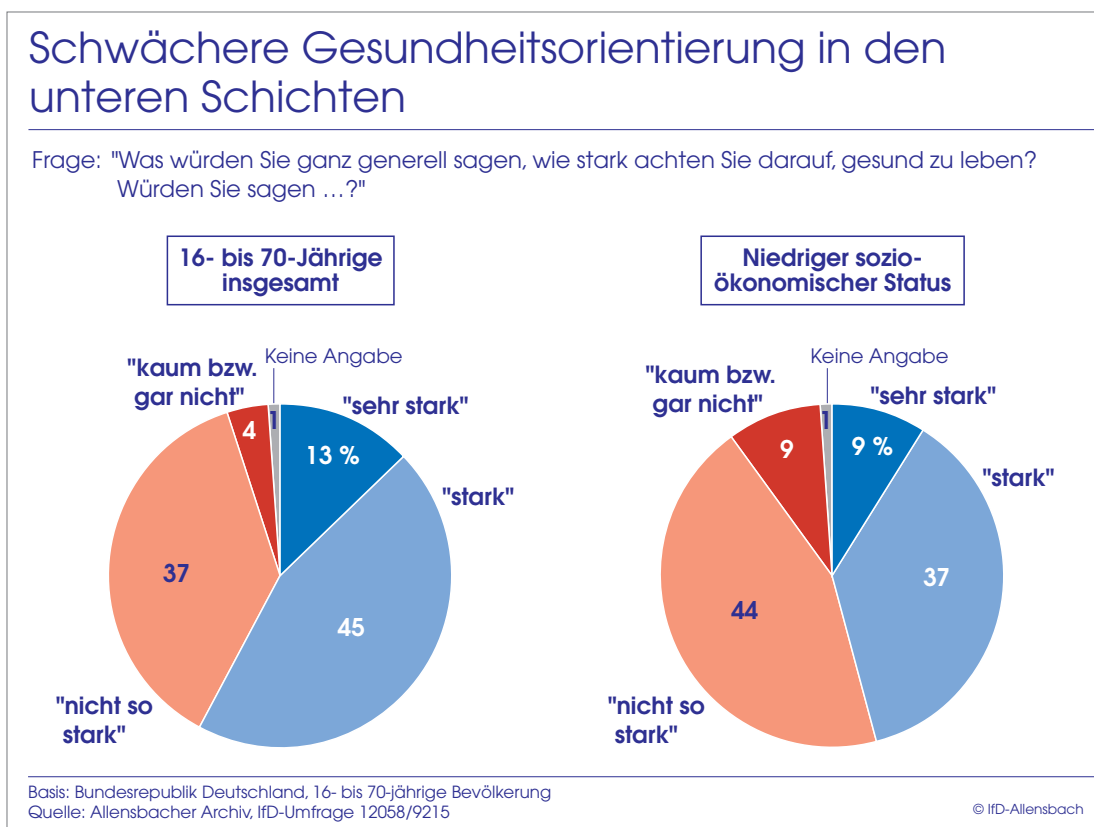
Schaubild 18

| Vor allem finanzielle Absicherung und Information über die Betreuungsoptionen | | | |
|---|--|--------------------|--------------------|
| Frage: "Was haben Sie unternommen, um sich für den Fall vorzubereiten, dass Sie einmal pflegebedürftig werden sollten? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." | | | |
| | 50- bis 70-Jährige, die für eine mögliche eigene Pflegebedürftigkeit bereits etwas unternommen haben | | |
| | insgesamt | 45- bis 59-Jährige | 60- bis 70-Jährige |
| | % | % | % |
| Ich habe eine private Pflegezusatzversicherung abgeschlossen | 51 | 58 | 46 |
| Ich lege für diesen Fall Geld beiseite | 37 | 32 | 42 |
| Ich habe mich darüber informiert, welche Pflegemöglichkeiten es für mich in meinem eigenen Zuhause gibt | 37 | 20 | 51 |
| Ich habe mit Familienangehörigen, Freunden gesprochen, wie sie mich im Pflegefall unterstützen können | 33 | 24 | 42 |
| Ich habe mich über die Pflegesituation und Pflegemöglichkeiten bei mir in der Umgebung informiert | 33 | 21 | 42 |
| Ich habe mich bei Beratungsstellen über Unterstützungsmöglichkeiten informiert | 14 | 5 | 22 |
| Anderes | 8 | 12 | 4 |
| Keine Angabe | 2 | 3 | - |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-Jährige, die für eine mögliche eigene Pflegebedürftigkeit bereits etwas unternommen haben
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

Eine andere Art der Vorsorge ist die Ausrichtung der Lebensweise an dem Ziel, Gesundheit und Fitness so lange wie möglich zu erhalten und so den Pflegefall zumindest hinauszuschieben bzw. die Wahrscheinlichkeit zu vermindern, zum Pflegefall zu werden. Dieser Aspekt der Prävention wurde in der Untersuchung nur gestreift, da es spezielle Untersuchungen zum Gesundheitswissen und -verhalten der Bevölkerung gibt. Sie belegen unter anderem erhebliche Unterschiede in der Gesundheitsorientierung der sozialen Schichten, die sich auch in der vorliegenden Untersuchung bestätigen. Während in der mittleren und in der höheren Schicht rund 60 Prozent die Bilanz ziehen, dass sie bewusst darauf achten, gesund zu leben, gilt dies nur für 46 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten. Insgesamt orientieren sich 58 Prozent der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung an dem Ziel, gesund zu leben, während 37 Prozent diesem Ziel keine große Bedeutung und 5 Prozent überhaupt keine Bedeutung beimessen. Für die überwältigende Mehrheit derjenigen, die bewusst gesundheitsorientiert leben, ist der Wunsch, auch im Alter fit zu sein, ein wesentliches Motiv.¹

Schaubild 19



¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 6 a).

ALTERSGERECHTE WOHN-SITUATION: WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Durch den Wunsch der großen Mehrheit, Pflegesituationen soweit wie möglich im eigenen Haushalt zu bewältigen, kommt der Wohnsituation und insbesondere der Frage, wie weit sie altersgerecht gestaltet ist, besondere Bedeutung zu. Die 50- bis 70-Jährigen haben sehr klare Vorstellungen, wie ihre Wohnsituation im Alter gestaltet sein müsste. Sie denken dabei vor allem an barrierefrei gestaltete Wohnungen und an eine gute Infrastruktur im nahen Umfeld, von einer guten medizinischen Versorgung über Betreuungs- und Pflegedienste, Hilfsangebote für Ältere bis zu Einkaufsmöglichkeiten und einer guten Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.

An der Spitze der Wünsche steht Barrierefreiheit: 73 Prozent wünschen sich im Alter eine barrierefreie Wohnsituation, 39 Prozent in diesem Zusammenhang auch einen Aufzug im Haus. Die reale Wohnsituation weicht jedoch gerade in dieser Hinsicht weit von den Wunschvorstellungen ab, weitaus mehr als die öffentliche Infrastruktur: Während sich annähernd drei Viertel der 50- bis 70-Jährigen eine barrierefreie Wohnung wünschen, leben zurzeit lediglich 28 Prozent in einer Wohnung, die diese Anforderung erfüllt. Den 39 Prozent, die einen Aufzug für notwendig halten, um mit zunehmenden Einschränkungen zurecht zu kommen, stehen lediglich 13 Prozent gegenüber, die in ihrem Haus über einen Aufzug verfügen.

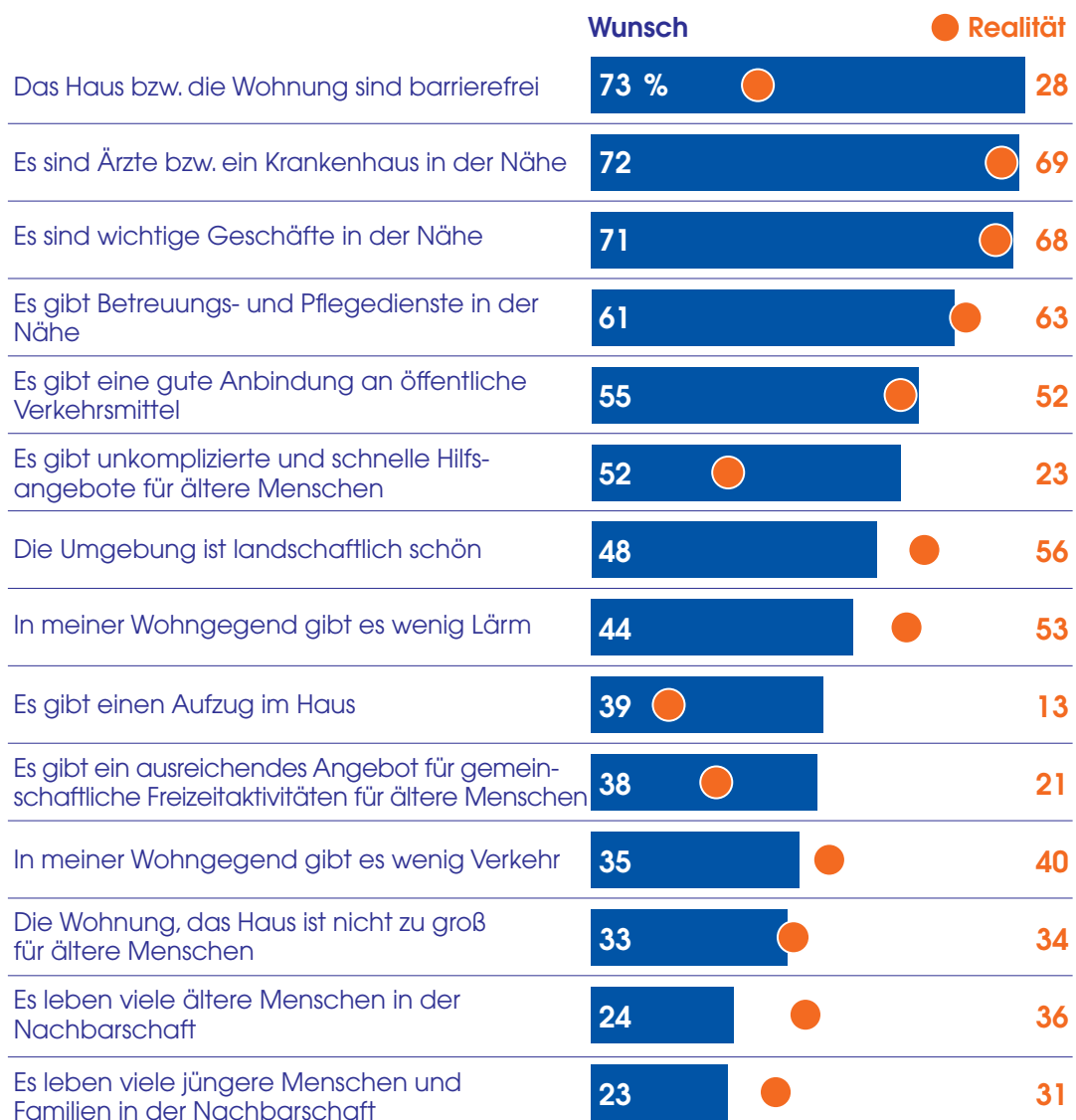
Die Infrastruktur weist dagegen weitaus weniger Defizite auf. 72 Prozent wünschen sich im nahen Umfeld Ärzte bzw. Krankenhäuser, 69 Prozent ziehen die Bilanz, dass diese Anforderung in ihrem Umfeld erfüllt ist. 61 Prozent wünschen sich auch Betreuungs- und Pflegedienste im nahen Umfeld, 63 Prozent sehen dies zurzeit als erfüllt an. Auch in Bezug auf die Einkaufsmöglichkeiten und die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel decken sich Wunsch und Wirklichkeit weitgehend. Defizite sehen die 50- bis 70-Jährigen dagegen bei unkomplizierten und raschen Hilfsangeboten für ältere Menschen und dem Angebot für gemeinschaftliche Freizeitaktivitäten Älterer: 52 Prozent halten spezifische Hilfsangebote für ältere Menschen für wichtig, nur 23 Prozent sind überzeugt, dass diese in ihrem Umfeld existieren. Ein ausreichendes Angebot für gemeinschaftliche Freizeitaktivitäten Älterer wünschen sich 38 Prozent, nur 21 Prozent sehen dies in ihrem Umfeld als erfüllt an.

Idealvorstellungen von der Wohnsituation im Alter

Fragen: "Wie würden Sie sich Ihre Wohnsituation im Alter wünschen? Was von dieser Liste würden Sie da nennen?"

"Was davon trifft auf Ihre jetzige Wohnsituation zu?"

50- bis 70-Jährige



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Insgesamt liegen die Defizite nach Überzeugung der 50- bis 70-Jährigen jedoch mehr in der Gestaltung ihrer Wohnung als in der Infrastruktur im nahen Umfeld. Insbesondere die unzureichende Barrierefreiheit ihrer Wohnsituation führt zu einer weit überwiegend kritischen Gesamtbilanz: Lediglich 18 Prozent der 50- bis 70-Jährigen bewerten ihre Wohnsituation als altersgerecht, 58 Prozent als nur eingeschränkt altersgeeignet und jeder Fünfte als überhaupt nicht altersgerecht. Überdurchschnittlich stufen Geringverdiener und Mieter ihre eigene Wohnsituation als in keinsten Weise altersgerecht ein. Von den Mietern ziehen 32 Prozent diese Bilanz, von den Haus- bzw. Wohnungseigentümern dagegen nur 10 Prozent; von den Geringverdienern¹ in dieser Altersgruppe der 50- bis 70-Jährigen bewerten lediglich 14 Prozent die eigene Wohnsituation als uneingeschränkt altersgerecht, dagegen 29 Prozent als in keinsten Weise altersgerecht.

Schaubild 21

Nur eine Minderheit lebt in einer altersgerechten Wohnung

Frage: "Wie schätzen Sie Ihr Haus bzw. Ihre Wohnung ein: Ist dort alles altersgerecht, oder ist das Haus bzw. die Wohnung für ältere Menschen nur eingeschränkt oder gar nicht geeignet, z. B. weil es viele Treppen oder hohe Türschwellen gibt?"

| | 50- bis 70-Jährige | | | |
|----------------------------|--------------------|------------------|-----------------|-----------|
| | ins-gesamt | Gering-verdiener | Wohn-eigentümer | Mieter |
| | % | % | % | % |
| Altersgerecht | 18 | 14 | 19 | 15 |
| Nur eingeschränkt geeignet | 58 | 49 | 67 | 46 |
| Gar nicht geeignet | 19 | 29 | 10 | 32 |
| Unentschieden | 5 | 8 | 4 | 7 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |

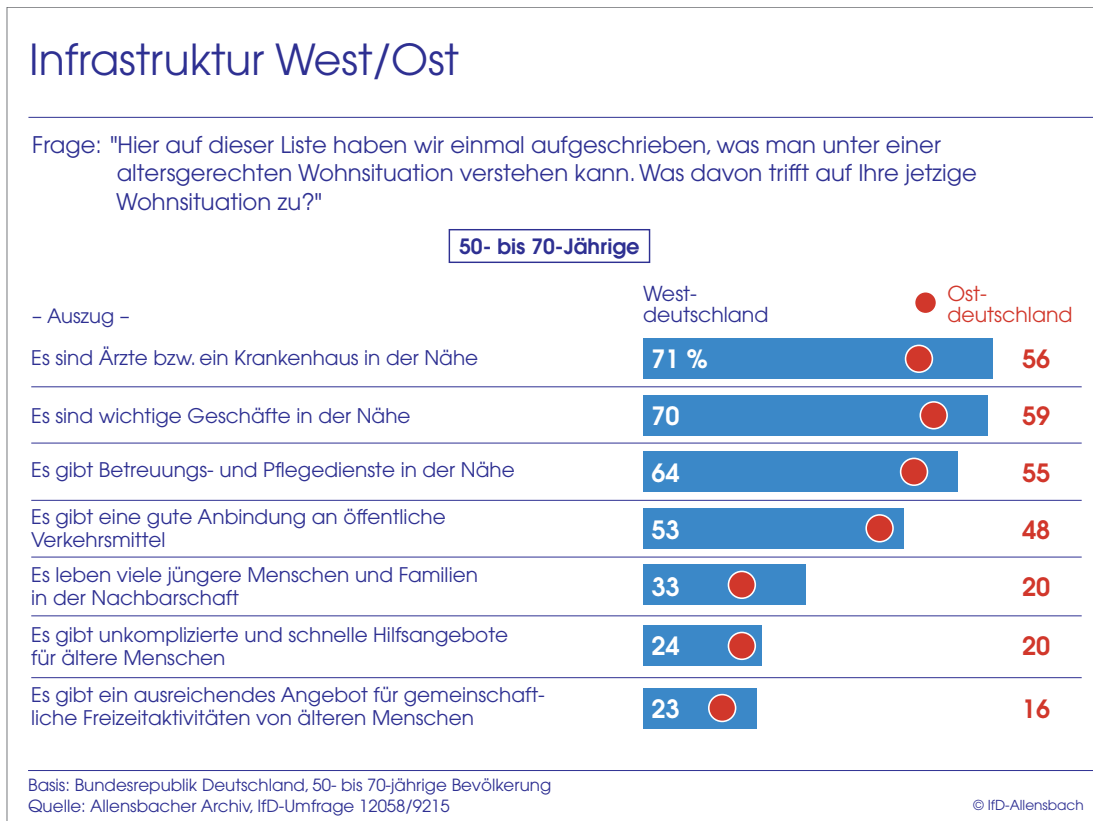
Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

¹ Geringverdiener sind definiert über Familientyp und Haushaltsnettoeinkommen, im Einzelnen: Alleinlebende mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.250 EUR, Alleinerziehende mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 EUR, Paare ohne Kinder mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.500 EUR sowie Paare mit Kindern mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 EUR.

Schwierigere Situation in Ostdeutschland

50- bis 70-Jährige in Ostdeutschland ziehen in Bezug auf die Infrastruktur in ihrem Umfeld eine weniger positive Bilanz als gleichaltrige Westdeutsche. Das gilt insbesondere in Bezug auf die medizinische Versorgung und die Existenz von Betreuungs- und Pflegediensten in der Nähe, aber auch für das Angebot für gemeinschaftliche Freizeitaktivitäten von älteren Menschen und für Einkaufsmöglichkeiten: Während 71 Prozent der 50- bis 70-jährigen Westdeutschen Ärzte und teilweise auch Krankenhäuser in der Nähe haben, gilt dies nur für 56 Prozent der gleichaltrigen Ostdeutschen. Befragungen der Bevölkerung und von Ärzten speziell zum Thema ärztliche Versorgung zeigen, dass sich der Ärztemangel in Ostdeutschland noch wesentlich rascher zuspitzt als in Westdeutschland.¹ 64 Prozent der 50- bis 70-jährigen Westdeutschen ziehen eine positive Bilanz des Angebots an Betreuungs- und Pflegediensten, dagegen nur 55 Prozent der Ostdeutschen. Auch sind Ostdeutsche noch weniger als Westdeutsche überzeugt, dass es in ihrem Umfeld gut erreichbare, unkomplizierte und schnelle Hilfsangebote für ältere Menschen gäbe. In Bezug auf die Einkaufsmöglichkeiten ziehen 70 Prozent der westdeutschen, 59 Prozent der ostdeutschen 50- bis 70-Jährigen die Bilanz, dass wichtige Geschäfte in ihrer unmittelbaren Nähe existieren. Darüber hinaus spiegelt die Einschätzung der 50- bis 70-jährigen West- und Ostdeutschen auch die unterschiedliche demografische Struktur. Nach 1990 sind aus Ostdeutschland viele Jüngere nach Westdeutschland abgewandert. Das Ergebnis ist eine deutlich ungünstigere demografische Struktur in Ostdeutschland; so machen unter 30-Jährige an der westdeutschen Bevölkerung zurzeit 31 Prozent, an der ostdeutschen Bevölkerung 26 Prozent aus. Entsprechend kann es nicht überraschen, dass in Westdeutschland immerhin jeder dritte 50- bis 70-Jährige die Bilanz zieht, dass im eigenen Umfeld viele jüngere Menschen leben, dagegen nur 20 Prozent der Ostdeutschen.

¹ MLP Gesundheitsreport 2022. Repräsentative Umfrage in Kooperation mit dem Institut für Demoskopie Allensbach.



Die ostdeutsche Bevölkerung zieht häufiger als die westdeutsche die Bilanz, dass in der eigenen Region vor allem ältere Menschen wohnen; gleichzeitig hält die ostdeutsche Bevölkerung die eigene Region weniger gut geeignet für ältere Menschen, als Westdeutsche dies tun. Die andere soziodemografische Struktur Ostdeutschlands zeigt sich auch in der Bilanz, wieweit in der eigenen Region viele Familien mit Kindern wohnen. 51 Prozent der westdeutschen Bevölkerung haben den Eindruck, dass es in ihrem Umfeld viele Familien mit Kindern gibt, dagegen nur 35 Prozent der Ostdeutschen. Gleichzeitig wird die Bilanz von Zuzug und Wegzug deutlich unterschiedlich beschrieben: Die westdeutsche Bevölkerung zieht im Verhältnis 7:1 die Bilanz, dass es vor allem Zuzug gibt und die Einwohnerzahl steigt. 37 Prozent berichten von Zuzug und steigender Einwohnerzahl, nur 5 Prozent sehen das eigene Umfeld als Wegzugsregion. In Ostdeutschland haben dagegen nur 26 Prozent den Eindruck, dass ihre Region Zuzugsgebiet ist, während 15 Prozent von einer sinkenden Einwohnerzahl in ihrer Region berichten. Die beschleunigte Alterung und die

ungünstigere Wanderungsbilanz macht es in Ostdeutschland schwieriger, die Infrastruktur aufrecht zu erhalten oder auch auszubauen, die sich die gesamte Bevölkerung, aber insbesondere auch die ältere Generation wünscht.

Schaubild 23

| Wohnungsmarkt: gravierende Unterschiede West/Ost | | |
|---|--------------------|-----------|
| Frage: "Wenn Sie einmal an den Wohnungsmarkt und ganz generell an die Wohnsituation in Ihrer Gegend denken: Was von dieser Liste trifft da zu?" | | |
| | 16- bis 70-Jährige | |
| | West | Ost |
| | % | % |
| Hier leben viele Familien mit Kindern | 51 | 35 |
| Die Gegend ist gut geeignet für ältere Menschen | 45 | 39 |
| Viele Leute ziehen zu, die Einwohnerzahl steigt | 37 | 26 |
| Hier leben immer mehr Zugezogene und immer weniger Menschen, die von hier stammen | 34 | 27 |
| Hier leben viele Ausländer | 27 | 19 |
| Hier leben viele junge Leute | 27 | 18 |
| Hier leben vor allem ältere Leute | 15 | 27 |
| Viele Leute ziehen weg, die Einwohnerzahl sinkt | 5 | 15 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

Entsprechend ist die ostdeutsche Bevölkerung auch skeptischer, ob die Unterstützungsmöglichkeiten, die für Ältere und Pflegebedürftige in ihrer Region zur Verfügung stehen, längerfristig gesichert sind. 50 Prozent der westdeutschen, 43 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sind überzeugt, dass die derzeitige Infrastruktur langfristig Bestand haben wird; 16 bzw. 17 Prozent befürchten auf mittlere Sicht Schwierigkeiten; 12 Prozent der Westdeutschen, aber 19 Prozent der Ostdeutschen ziehen die Bilanz, dass es jetzt schon zu Schwierigkeiten kommt, die Unterstützungsmöglichkeiten für Ältere und Pflegebedürftige sicherzustellen. Noch kritischer fällt die Bilanz von Geringverdienern in Ostdeutschland aus: Von ihnen berichten 23 Prozent, dass es bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur bereits

Schwierigkeiten gibt, weitere 16 Prozent befürchten sie in absehbarer Zeit, während nur 38 Prozent optimistisch sind, dass die Angebote auch langfristig zur Verfügung stehen.

Schaubild 24

Stabile Unterstützungsstrukturen?

Frage: "Wenn Sie jetzt einmal daran denken, welche Unterstützungsmöglichkeiten für Ältere und Pflegebedürftige in Ihrer Region zur Verfügung stehen, also z. B. Pflegedienste, Ärzte, Pflegeheime usw.: Glauben Sie, dass diese Unterstützungsmöglichkeiten in Ihrer Region auch langfristig zur Verfügung stehen, oder wird es in Ihrer Region langfristig bei den Unterstützungsmöglichkeiten für Ältere und Pflegebedürftige zu Schwierigkeiten kommen?"

| | 16- bis 70-jährige Bevölkerung | | |
|----------------------------|-----------------------------------|----------------|----------------------|
| | West- deutschland insgesamt | Ostdeutschland | |
| | | insge- samt | Gering- verdiener |
| | % | % | % |
| Langfristig zur Verfügung | 50 | 43 | 38 |
| Schwierigkeiten | 16 | 17 | 16 |
| Gibt schon Schwierigkeiten | 12 | 19 | 23 |
| Unentschieden | 22 | 21 | 23 |
| | 100 | 100 | 100 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

Westdeutschland hat dagegen andere Probleme. Zwar fällt die Bilanz der Versorgung mit wichtiger Infrastruktur signifikant positiver aus als in Ostdeutschland. Die Mehrheit bewertet auch die eigene Wohngegend als attraktiv, mehr als das in Ostdeutschland der Fall ist. Die unterschiedliche Wanderungsbilanz verschärft jedoch in Westdeutschland die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Das Angebot an bezahlbaren Häusern und Wohnungen ist in vielen Regionen knapp, die Immobilienpreise und Mieten entsprechend hoch und steigen auch seit Längerem. 66 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, 37 Prozent der Ostdeutschen berichten von Knappheiten auf dem Wohnungsmarkt, 69 Prozent der Westdeutschen und 45 Prozent der Ostdeutschen von steigenden Immobilienpreisen und Mieten. Doppelt so viele

Westdeutsche wie Ostdeutsche ziehen auch die Bilanz, dass die Wohnkosten in ihrer Gegend so hoch sind, dass es sich viele Menschen kaum noch leisten können, dort zu wohnen. Die Ergebnisse spiegeln die gravierenden Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt in Ost und West, der gleichzeitig aber auch eine Ursache für die unterschiedliche Entwicklung der Infrastruktur in West- und Ostdeutschland ist.

Schaubild 25

| Wohnungsmarkt: gravierende Unterschiede West/Ost | | |
|---|--------------------|-----------|
| Frage: "Wenn Sie einmal an den Wohnungsmarkt und ganz generell an die Wohnsituation in Ihrer Gegend denken: Was von dieser Liste trifft da zu?" | | |
| | 16- bis 70-Jährige | |
| | West | Ost |
| | % | % |
| Die Immobilienpreise und Mieten steigen seit Jahren | 69 | 45 |
| Die Versorgung mit wichtiger Infrastruktur wie Ärzten, Schulen, Geschäften ist gut | 67 | 50 |
| Es ist sehr schwer, eine Wohnung oder ein Haus zu finden | 66 | 37 |
| Die Wohngegend ist attraktiv | 54 | 45 |
| Die Kosten fürs Wohnen sind sehr hoch, viele Menschen können es sich kaum leisten, hier zu wohnen | 38 | 19 |
| Es werden viele neue Wohnungen und Häuser gebaut | 33 | 27 |
| Es gibt viele leerstehende Häuser oder Wohnungen | 8 | 16 |
| Es ist eine unsichere Wohngegend, es gibt viel Kriminalität | 4 | 2 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

Obwohl die ostdeutsche Bevölkerung eine kritischere Bilanz der Wanderungsbewegungen, demografischen Struktur und auch Infrastruktur in ihrer Region zieht als Westdeutsche und entsprechend auch weniger überzeugt ist, dass die eigene Region für ältere Menschen optimal ist, denken 50-jährige und ältere Berufstätige in Ostdeutschland weniger über einen Umzug in andere Regionen oder ins Ausland nach als gleichaltrige Westdeutsche: 66 Prozent der 50-jährigen und älteren westdeutschen Berufstätigen haben sich bisher noch nie mit dem Gedanken an einen Umzug nach dem Ausscheiden aus dem Beruf beschäftigt, 72 Prozent der gleichaltrigen

berufstätigen Ostdeutschen. Soweit schon ein Umzug erwogen wurde, richtet sich das Interesse vor allem auf andere Regionen Deutschlands, in Westdeutschland aber auch sowohl auf einen Umzug im Inland wie ins Ausland. 10 Prozent der 50-Jährigen und Älteren in Westdeutschland haben bereits einen Umzug in eine andere Region Deutschlands erwogen, ebenso viele einen Umzug in eine andere deutsche Region oder ins Ausland; 6 Prozent haben sich ausschließlich mit einem Umzug ins Ausland beschäftigt. Von den älteren ostdeutschen Berufstätigen haben ebenfalls bereits 6 Prozent über einen Umzug ins Ausland nachgedacht, aber nur 4 Prozent sowohl einen Umzug ins Ausland wie in eine andere deutsche Region erwogen.

Schaubild 26

| | 50- bis 70-jährige Berufstätige | | |
|---|---------------------------------|-----------|-----------|
| | insgesamt % | West % | Ost % |
| Ja, mit Umzug in andere Region Deutschlands beschäftigt | 10 | 10 | 11 |
| Ja, mit Umzug ins Ausland beschäftigt | 6 | 6 | 6 |
| Ja, mit beidem beschäftigt (andere Region/Ausland) | 9 | 10 | 4 |
| Nein, bisher noch nicht beschäftigt | 67 | 66 | 72 |
| Bin im Rentenalter bereits umgezogen | x | x | - |
| Keine Angabe | 8 | 8 | 7 |
| | 100 | 100 | 100 |

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-jährige Berufstätige
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Nur eine kleine Minderheit derjenigen, die bereits einen Umzug erwogen haben, wollen diese Pläne auch sicher umsetzen. Das gilt für lediglich 7 Prozent derjenigen, die über einen Umzug nachgedacht haben; weitere 31 Prozent wollen diese Überlegungen wahrscheinlich umsetzen, 41 Prozent jedoch wahrscheinlich oder sicher

nicht. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen Ost und West: In Ostdeutschland sind nicht nur Umzugsüberlegungen bei 50-jährigen und älteren Berufstätigen für die nachberufliche Zeit seltener, sondern werden auch eher zu den Akten gelegt als in Westdeutschland. So sind von denjenigen, die sich mit Umzugsplänen auseinandergesetzt haben, in Westdeutschland 40 Prozent, in Ostdeutschland aber knapp jeder Zweite überzeugt, dass die Überlegungen nicht umgesetzt werden.¹

Umzugsüberlegungen werden in erster Linie mit einem besseren Klima am Zielort begründet, mit großem Abstand gefolgt von günstigeren Lebenshaltungskosten und damit, dass der jetzige Wohnort weniger gefällt als die Region, die für einen Umzug in Erwägung gezogen wird.² Diejenigen, die voraussichtlich nicht umziehen werden, begründen dies dagegen vor allem mit privaten Bindungen, dem Wunsch, in der Nähe ihrer Familie zu bleiben, ihren Freundes- und Bekanntenkreis nicht zu verlieren und auch mit der Bindung an den derzeitigen Wohnort. Gut jeder Dritte begründet das geringe Interesse an einem Umzug auch mit der Eignung des jetzigen Wohnortes für Ältere. 37 Prozent der Nichtumzugswilligen ziehen diese Bilanz, während nur 24 Prozent derjenigen, die einen Umzug planen, dies auch mit der Überzeugung begründen, dass der jetzige Wohnort für Ältere nicht sonderlich gut geeignet ist. Damit spielt ein altersgerechtes Umfeld für Wünsche, am derzeitigen Wohnort zu bleiben, eine größere Rolle als für Umzugsüberlegungen;³ bei der Bewertung dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Analyse derjenigen, die sicher oder wahrscheinlich einen Umzug planen, wie derjenigen, die wahrscheinlich bzw. sicher nicht umziehen werden, nur auf kleine Fallzahlen stützen kann.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 48 a).

² Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 49 a).

³ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 50 a).

OFFENHEIT FÜR DIE NUTZUNG TECHNOLOGISCHER HILFSMITTEL

Digitalisierung und technologischer Fortschritt bieten erhebliches Potential für Erleichterungen im Alltag, gerade auch für Ältere und Personen, die mit physischen Einschränkungen zu kämpfen haben. Das reicht von Kommunikationsmöglichkeiten, die Arztbesuche oder private soziale Kontakte virtuell ermöglichen, über Hilfsmittel zur Sturzprävention, Erinnerung an Medikamenteneinnahme bis zu Robotern für Haushalt, Garten und Pflege.

Vieles davon ist relativ neu, einiges auch noch in der Entwicklung wie beispielsweise Pflege- und Interaktionsroboter. Entsprechend werden viele technologische Hilfen bisher von Älteren nur wenig genutzt. Die klassischen Hilfsmittel wie die altersgerechte Gestaltung von Bad und Küche werden von knapp jedem dritten 60- bis 70-Jährigen genutzt. Von den modernen Kommunikationstechnologien setzen sich Videotelefonate zunehmend durch, in der Bevölkerung insgesamt, aber zunehmend auch in der älteren Generation. So nutzen 44 Prozent der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung die Möglichkeit, Videotelefonate mit Angehörigen und Freunden zu führen, von den 60- bis 70-Jährigen immerhin auch 36 Prozent. Dagegen wird die Option, Sprechstunden mit dem Arzt virtuell zu absolvieren, von 60- bis 70-Jährigen weniger genutzt als von der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung insgesamt: 5 Prozent der Bevölkerung, 3 Prozent der 60- bis 70-Jährigen machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Auch die Möglichkeit, technische Geräte per Sprachbefehl zu bedienen, wird von 60- bis 70-Jährigen unterdurchschnittlich genutzt; dasselbe gilt für Haushalts- und Gartenroboter, die mittlerweile von 16 Prozent der bis 70-jährigen Bevölkerung genutzt wird, aber nur von 11 Prozent der 60- bis 70-Jährigen.

Viele andere Optionen werden bisher generell nur wenig genutzt. Das gilt für technische Hilfsmittel zur Sturzprävention, automatische Erinnerungen an Medikamente, Sensoren, die bei Auffälligkeiten Angehörige oder einen sozialen Dienst benachrichtigen, und die elektronische Übermittlung medizinischer Daten an den Hausarzt. Noch am ehesten werden technische Hilfsmittel zur Vorbeugung von Stürzen genutzt (7 Prozent der 60- bis 70-Jährigen) und automatische Erinnerungen an

die Medikamenteneinnahme (6 Prozent). Auf Wohnungstüren, die sich ohne Schlüssel öffnen lassen, können 2 Prozent der 60- bis 70-Jährigen zurückgreifen, auf ein Hausnotrufsystem bzw. einen Alarmknopf 5 Prozent.

Schaubild 27

Bisher nur sehr begrenzte Nutzung technologischer Optionen

Frage: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Möglichkeiten, die das Leben und den Alltag im Alter angenehmer machen bzw. erleichtern könnten. Was davon nutzen Sie bereits?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Die höheren sozialen Schichten machen von Optionen, die das Leben gerade auch im Alter erleichtern, teilweise deutlich mehr Gebrauch. Das gilt für die virtuelle Kommunikation mit Angehörigen und Freunden, die altersgerechte Gestaltung von Bad und Küche, für die Nutzung von Robotern zur Unterstützung in Haushalt und Garten und die Option, technische Geräte per Sprachbefehl zu bedienen. So nutzen 9 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten Roboter für Haushalt und Garten, dagegen 26 Prozent in den höheren sozialen Schichten. Die Bedienung technischer Geräte per Sprachbefehl nutzen 9 Prozent in den schwächeren, 14 Prozent in den höheren sozialen Schichten. Auch Videosprechstunden mit dem Arzt und die Möglichkeit, Türen ohne Schlüssel zu öffnen, werden in den höheren Schichten tendenziell stärker genutzt als in den schwächeren sozialen Schichten.

Schaubild 28

| Höhere Schichten besser gerüstet | | | |
|---|--------------------------|-----------|-----------|
| Frage: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Möglichkeiten, die das Leben und den Alltag im Alter angenehmer machen bzw. erleichtern könnten. Was davon nutzen Sie bereits?" | | | |
| | Sozioökonomischer Status | | |
| | niedrig | mittel | hoch |
| - Auszug - | % | % | % |
| Videotelefonate mit Angehörigen, Freunden | 37 | 46 | 47 |
| Barrierefreies Badezimmer | 16 | 23 | 31 |
| Altersfreundliche bzw. -gerechte Küche | 12 | 20 | 24 |
| Roboter für bestimmte Tätigkeiten im Haushalt oder Garten | 9 | 15 | 26 |
| Technische Geräte per Sprachbefehl bedienen | 9 | 10 | 14 |
| Technische Hilfsmittel zur Vorbeugung von Stürzen | 7 | 9 | 8 |
| Videosprechstunde mit dem Arzt | 4 | 6 | 7 |
| Haus- bzw. Wohnungstüren, die sich ohne Schlüssel öffnen lassen | 1 | 4 | 5 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215

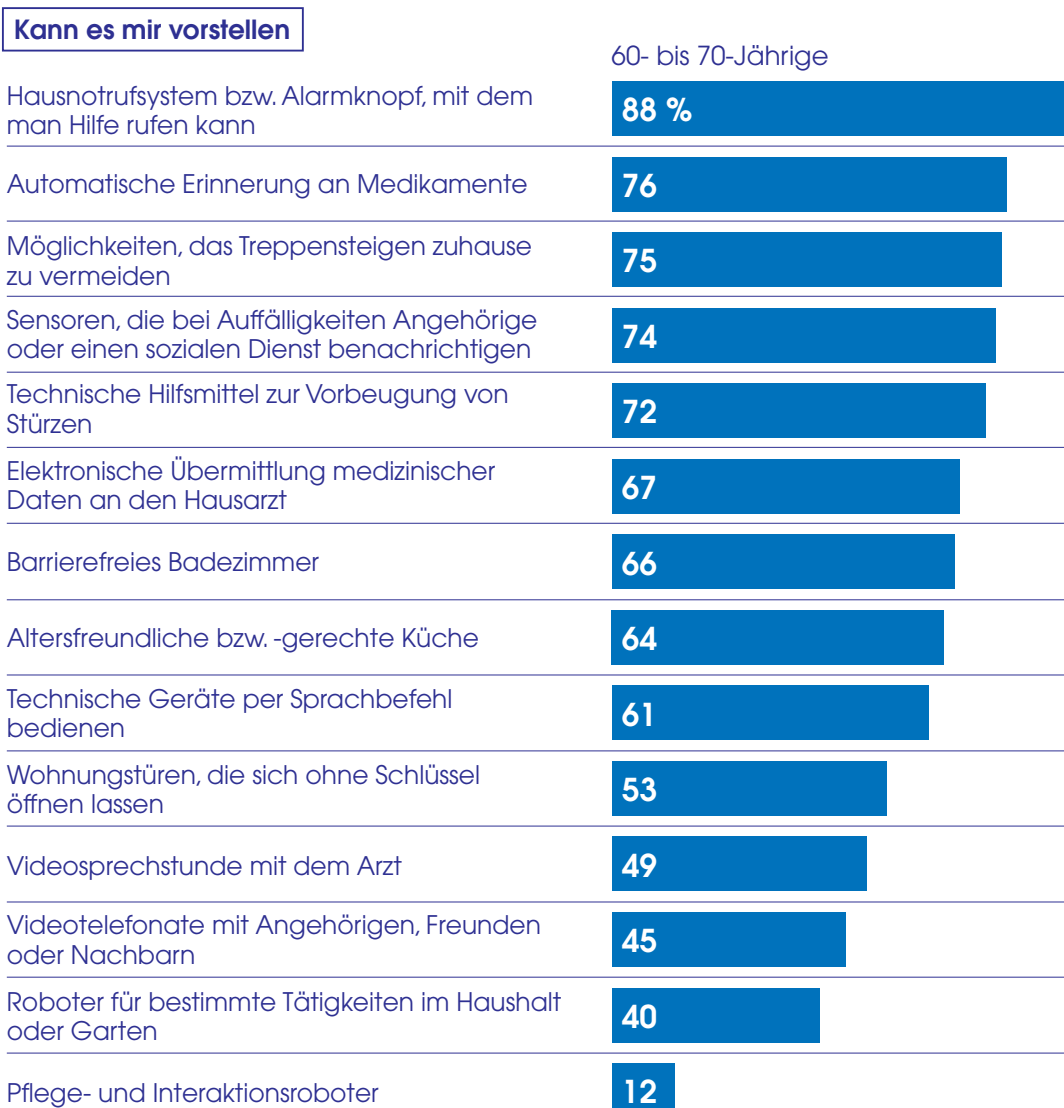
© IFD-Allensbach

Die Bereitschaft, künftig verstärkt von technologischen Hilfsmitteln Gebrauch zu machen, ist in der gesamten Bevölkerung und auch bei Älteren außerordentlich groß. Das gilt insbesondere für Hausnotrufsysteme bzw. einen Alarmknopf, automatische Erinnerungen an die Medikamenteneinnahme, Sensoren, die bei Auffälligkeiten Angehörige oder einen sozialen Dienst benachrichtigen, Treppenlifte und technologische Hilfsmittel zur Sturzprävention. Rund drei Viertel der 60- bis 70-Jährigen sind grundsätzlich bereit, von diesen Optionen künftig Gebrauch zu machen. Auch die elektronische Übermittlung medizinischer Daten an Ärzte, die Bedienung technischer Geräte per Sprachbefehl und die Öffnung von Türen durch Fingerabdruck kann sich die Mehrheit der 60- bis 70-Jährigen durchaus vorstellen. Geringer ist die Offenheit gegenüber der Nutzung von Robotern, sei es für die Entlastung in Haushalt und Garten, besonders aber in Bezug auf Pflege und Interaktion: So können sich nur 40 Prozent der 60- bis 70-Jährigen vorstellen, dass sie künftig Roboter für die Entlastung in Haushalt und Garten nutzen, 12 Prozent, dass sie von einem Pflege- und Interaktionsroboter Gebrauch machen. Gerade hier gibt es eine ausgeprägte Alterskorrelation: Von den unter 30-Jährigen können sich zwei Drittel die Nutzung von Haushalts- und Gartenrobotern vorstellen, von den 45- bis 59-Jährigen jeder Zweite, von den 60- bis 70-Jährigen dagegen nur 40 Prozent. Pflege- und Interaktionsroboter kommen nur für jeden achten 60- bis 70-Jährigen in Betracht, aber für 40 Prozent der unter 30-Jährigen und immerhin auch 25 Prozent der 45- bis 59-Jährigen.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 14 a) - c).

Große Offenheit für die künftige Nutzung

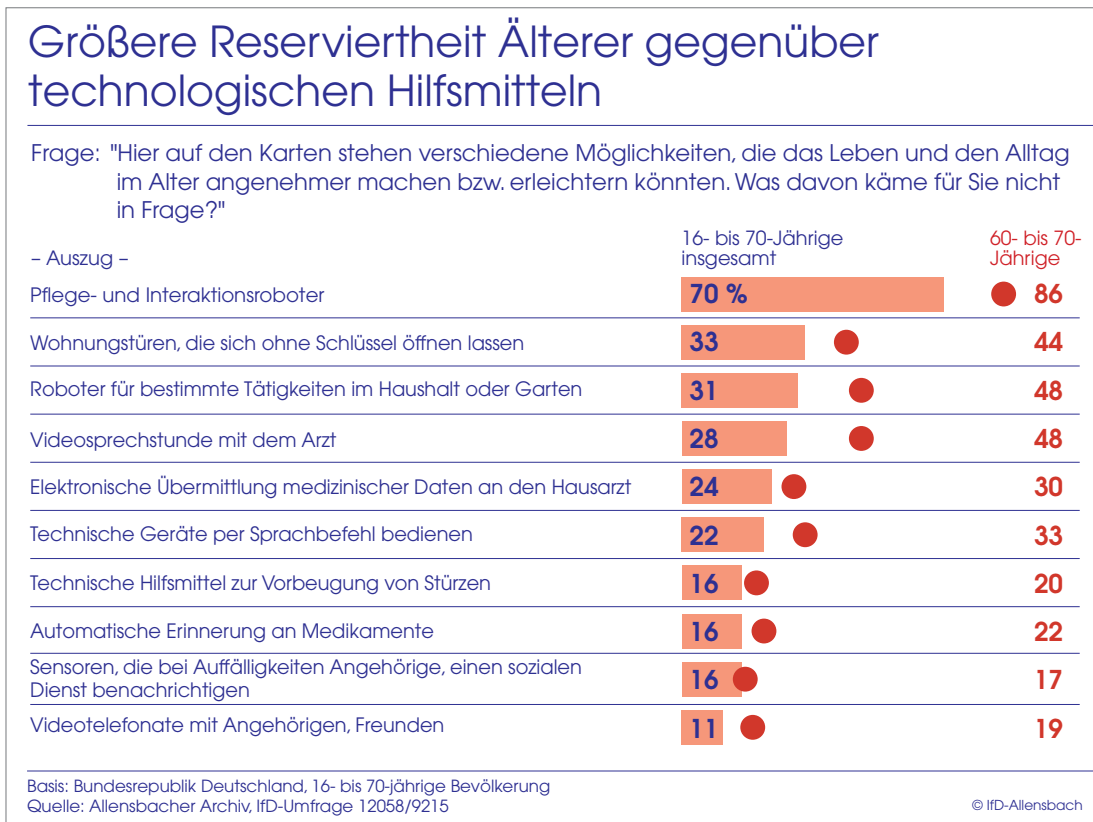
Frage: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Möglichkeiten, die das Leben und den Alltag im Alter angenehmer machen bzw. erleichtern könnten. Was davon nutzen Sie zwar nicht, könnten es sich aber vorstellen, wenn Sie im Alter auf Hilfe angewiesen sind?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 60- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Die größere Reserviertheit Älterer gegenüber einem Teil der technologischen Hilfsmittel zeigt sich auch bei der Frage, welche Optionen persönlich ausgeschlossen werden. Das gilt insbesondere für Pflege- und Interaktionsroboter, gefolgt von Robotern, die bei Tätigkeiten in Haushalt und Garten entlasten, aber auch für Videosprechstunden mit dem Arzt. 86 Prozent der 60- bis 70-Jährigen schließen für sich Pflege- und Interaktionsroboter aus; auch für die große Mehrheit der bis 70-jährigen Bevölkerung ist es bisher nicht vorstellbar, von solchen technologischen Möglichkeiten in Zukunft Gebrauch zu machen. Die Nutzung von Robotern für die Entlastung in Haushalt und Garten schließt dagegen nur knapp ein Drittel der bis 70-jährigen Bevölkerung aus, aber knapp die Hälfte der 60- bis 70-Jährigen. Dasselbe gilt für Videosprechstunden mit dem Arzt: 28 Prozent der bis 70-jährigen Bevölkerung schließen die Nutzung dieser Option für sich persönlich kategorisch aus, von den 60- bis 70-Jährigen 48 Prozent. Darüber hinaus gibt es bei 60- bis 70-Jährigen teilweise auch noch erhebliche Vorbehalte gegen Wohnungstüren, die sich ohne Schlüssel öffnen lassen, die Bedienung technischer Geräte per Sprachbefehl und die elektronische Übermittlung medizinischer Daten an den Hausarzt. Letzteres schließen 30 Prozent der 60- bis 70-Jährigen für sich aus, die Bedienung technologischer Geräte per Sprachbefehl 33 Prozent, die automatische Erinnerung an Medikamente 22 Prozent.



Insgesamt zeigen die Ergebnisse jedoch eine große Offenheit für die Nutzung technologischer Innovationen, um sich im Alter das Leben zu erleichtern. Die teilweise Altersgebundenheit der Einstellungen lässt auch die Prognose zu, dass sich auch die Offenheit 60- bis 70-Jähriger in den nächsten Jahren weiter erhöhen wird.

DIE FINANZIELLE ABSICHERUNG FÜR DAS ALTER – ERHEBLICHE SORGEN IN DEN SCHWÄCHEREN SOZIALEN SCHICHTEN

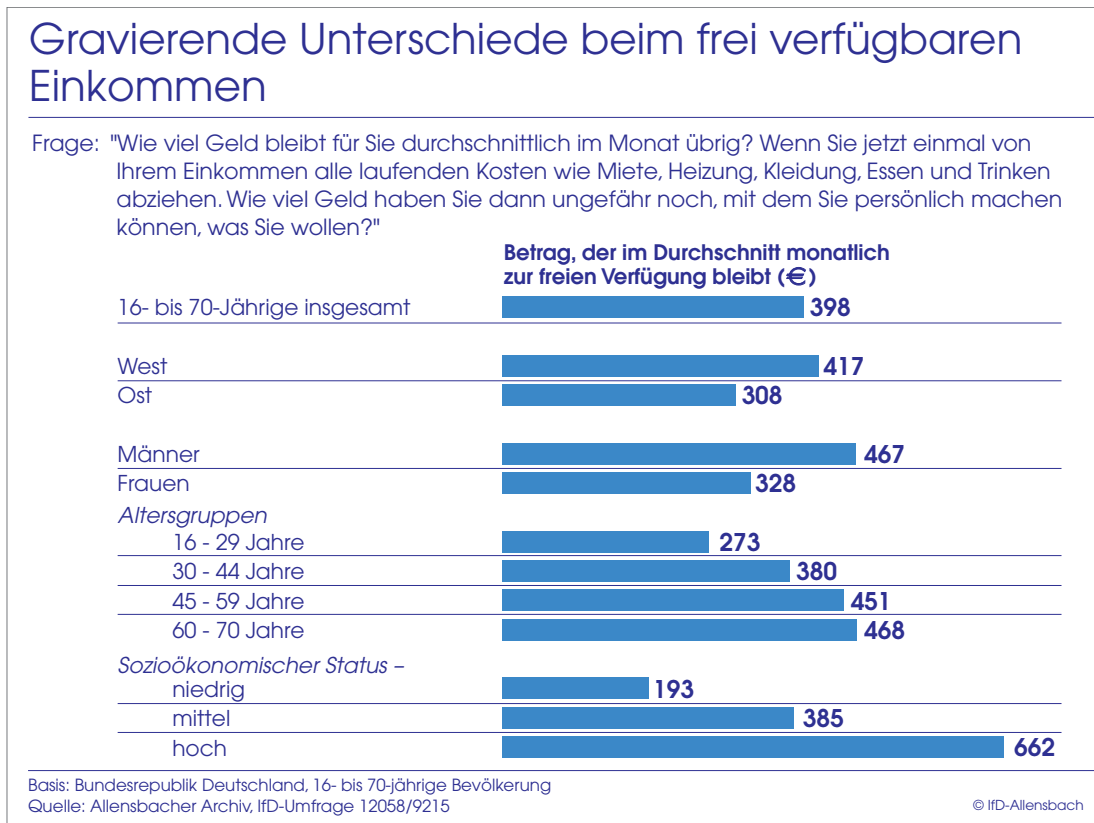
Die ältere Generation ist heute mit ihrer finanziellen Situation überdurchschnittlich zufrieden. 64 Prozent der 60-Jährigen und Älteren bewerten ihre finanzielle Lage positiv, nur 6 Prozent eindeutig kritisch. In der mittleren Generation sind 58 Prozent mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden, von den unter 30-Jährigen nur 39 Prozent.¹ Die Unterschiede haben in hohem Maße mit lebensphasengebundenen Einnahmen und Ausgaben zu tun. Die Ausgaben sind durch die Gründung eines eigenen Haushalts und einer Familie bei unter 40-Jährigen in Relation zu den zur Verfügung stehenden Einkommen überdurchschnittlich hoch, während sich die Einnahmen durch Erwerbseinkommen und begrenzt auch durch Einkommen aus Geldanlagen und Vermögen erst sukzessive aufbaut. Entsprechend steigen auch die frei verfügbaren Einkommensteile mit zunehmendem Alter im Durchschnitt erheblich an. Die unter 30-Jährigen beziffern den Betrag, der ihnen monatlich nach Begleichen aller fixen Lebenshaltungskosten wie Miete, Heizung, Kleidung und Ernährung zur freien Verfügung bleibt, im Durchschnitt mit 273 Euro, die 30- bis 44-Jährigen bereits mit knapp 380 Euro. Bis unter das 60. Lebensjahr steigt der Betrag, der monatlich zur freien Verfügung bleibt, im Durchschnitt auf 450 Euro, erhöht sich jenseits der 60 jedoch nur noch marginal. Das frei verfügbare Einkommen von Frauen ist deutlich niedriger als das von Männern: Frauen beziffern ihr frei verfügbares Einkommen im Monat im Durchschnitt auf 328 Euro, Männer auf 467 Euro. Auch West und Ost unterscheiden sich gravierend: Die westdeutsche Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 70 Jahren beziffert das monatlich frei verfügbare Einkommen im Durchschnitt auf 417 Euro, die gleichaltrige ostdeutsche Bevölkerung auf 308 Euro.

Besonders eng ist die Korrelation erwartungsgemäß mit dem sozioökonomischen Status, der u.a. auch über die Einbeziehung des monatlichen Einkommens gebildet wird. Die schwächeren sozialen Schichten beziffern ihr frei verfügbares Einkommen im Monat im Durchschnitt auf 193 Euro, die mittleren Schichten auf 385 Euro und die höheren Schichten auf 662 Euro. 20 Prozent der schwächeren sozialen Schichten

¹ Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse, AWA 2022 (Basis: 23.015 Interviews).

haben keinerlei frei verfügbares Einkommen, weitere 15 Prozent weniger als 100 Euro.¹

Schaubild 31



Langzeitanalysen des Instituts belegen, dass das frei verfügbare Einkommen über die letzten 10 Jahre hinweg kontinuierlich angestiegen ist, allerdings in den verschiedenen sozialen Schichten mit sehr unterschiedlicher Dynamik. Das frei verfügbare Einkommen der höheren sozialen Schichten ist heute im Vergleich zu vor 10 Jahren um 65 Prozent gestiegen, das der schwächeren sozialen Schichten dagegen nur um 34 Prozent.²

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 60 b).

² Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalysen, AWA 2012 bis AWA 2022.

Die unterschiedlichen finanziellen Ressourcen beeinflussen naturgemäß die Möglichkeiten, sich finanziell für die nachberufliche Phase zu rüsten. Entsprechend unterschiedlich schätzen die sozialen Schichten ihre finanzielle Situation im Alter ein. Während in den höheren sozialen Schichten die Überzeugung dominiert, dass man im Alter ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben wird und entsprechend finanziell sorglos leben kann, sind davon nur 24 Prozent in den mittleren Schichten und ganze 6 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten überzeugt. Die Mittelschicht geht vor allem davon aus, dass sie im Alter zwar mit ihren finanziellen Mitteln auskommen wird, aber nur bei sparsamer Lebensführung. 41 Prozent der schwächeren sozialen Schichten schätzen ihre Situation im Alter ähnlich ein. Besorgniserregend ist jedoch der Anteil in den schwächeren sozialen Schichten, der befürchtet, dass die eigenen finanziellen Mittel nicht reichen werden, um ihren Lebensunterhalt im Alter aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Dies befürchten 38 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten, 11 Prozent in den mittleren Schichten und kaum jemand aus den höheren sozialen Schichten.

Schaubild 32

| Einschätzung der eigenen finanziellen Lage im Alter | | | | |
|--|---|--------------------------|-------------|-----------|
| Frage: "Wie schätzen Sie Ihre persönliche finanzielle Lage im Alter ein?" | | | | |
| | 16- bis 70-Jährige, die nicht von Altersrente/Alterspension leben | | | |
| | insgesamt % | Sozioökonomischer Status | | |
| | | niedrig % | mittel % | hoch % |
| Ich erwarte, dass ich im Alter mit meinem Geld auskommen werde, aber ich werde sparsam sein müssen | 43 | 41 | 48 | 35 |
| Wahrscheinlich habe ich genug Geld zur Verfügung und werde im Alter finanziell keine Sorgen haben | 27 | 6 | 24 | 52 |
| Das Geld wird wahrscheinlich knapp werden oder gar nicht reichen, um meinen Lebensunterhalt im Alter aus eigenen Mitteln finanzieren zu können | 14 | 38 | 11 | 1 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-Jährige, die nicht von einer Altersrente oder Alterspension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 12058/9215 © IFD-Allensbach

Die Trendanalyse über die vergangenen 10 Jahre hinweg zeigt, dass zurzeit die Verunsicherung wächst, wie die eigene finanzielle Situation im Alter aussehen wird. Der Anteil, der sich hier kein Urteil zutraute, lag in der Regel unter 10 Prozent. Aktuell trauen sich 16 Prozent kein Urteil zu. Im Vergleich zur letzten Bestandsaufnahme 2019 hat sich vor allem der Anteil der Bevölkerung verringert, die davon ausgehen, dass sie im Alter mit ihrem Geld auskommen werden, aber nur bei sparsamer Lebensführung. 2019 lag dieser Anteil in den Bevölkerungskreisen, die noch nicht Rentner oder Pensionäre sind, bei 53 Prozent, aktuell bei 43 Prozent.

Schaubild 33

Zurzeit wachsende Verunsicherung

Frage: "Wie schätzen Sie Ihre persönliche finanzielle Lage im Alter ein?"

| | Personen, die nicht Rentner oder Pensionäre sind | | | |
|--|---|-----------|-----------|-----------|
| | 2012 % | 2015 % | 2019 % | 2022 % |
| Ich erwarte, dass ich im Alter mit meinem Geld auskommen werde, aber ich werde sparsam sein müssen | 53 | 54 | 53 | 43 |
| Wahrscheinlich habe ich genug Geld zur Verfügung und werde im Alter finanziell keine Sorgen haben | 24 | 22 | 30 | 27 |
| Das Geld wird wahrscheinlich knapp werden oder gar nicht reichen, um meinen Lebensunterhalt im Alter aus eigenen Mitteln finanzieren zu können | 14 | 16 | 11 | 14 |
| Keine Angabe | 9 | 8 | 6 | 16 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht Rentner oder Pensionäre sind
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12058

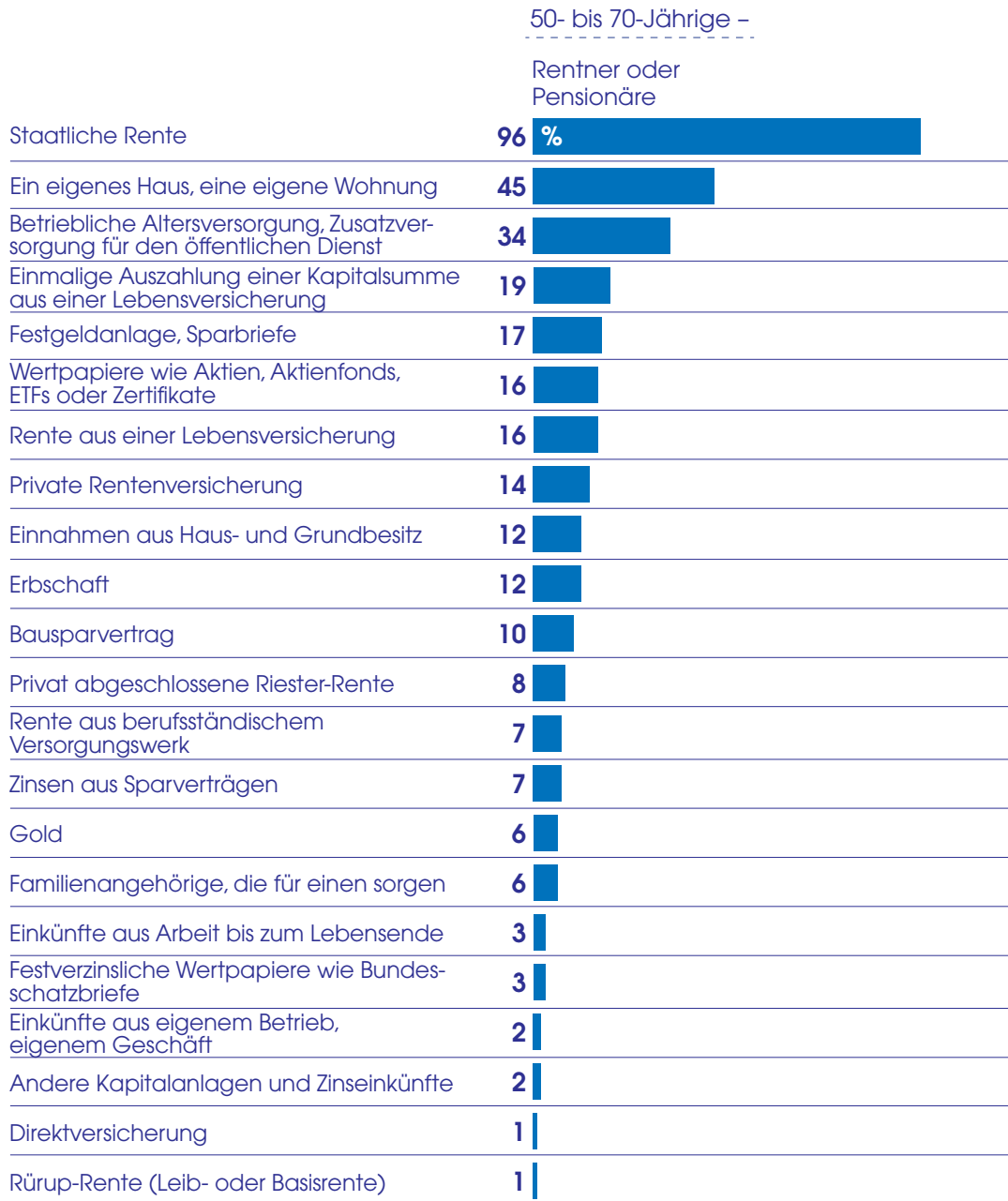
© IfD-Allensbach

Im Vergleich zu den heutigen Rentnern und Pensionären werden die 50- bis 70-Jährigen, die bisher nicht von einer Rente oder Pension leben, auf mehr Besitz und Einkommensquellen bauen können. Die 50- bis 70-jährigen Rentner und Pensionäre können neben der staatlichen Rente vor allem auf eine betriebliche Alterssicherung bauen und auf den Besitz einer eigenen Immobilie. 45 Prozent der 50- bis 70-jährigen

Rentner besitzen ein eigenes Haus, eine eigene Wohnung, 12 Prozent auch Einnahmen aus Haus- und Grundbesitz. 34 Prozent beziehen Einnahmen aus einer betrieblichen Altersversorgung bzw. der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst. 19 Prozent können darüber hinaus auf die einmalige Auszahlung einer Kapitalsumme aus einer Lebensversicherung bauen, 16 Prozent auf eine Rente aus einer Lebensversicherung, 14 Prozent auf eine private Rentenversicherung. Erbschaften spielen für jeden achten 50- bis 70-jährigen Rentner bzw. Pensionär eine Rolle.

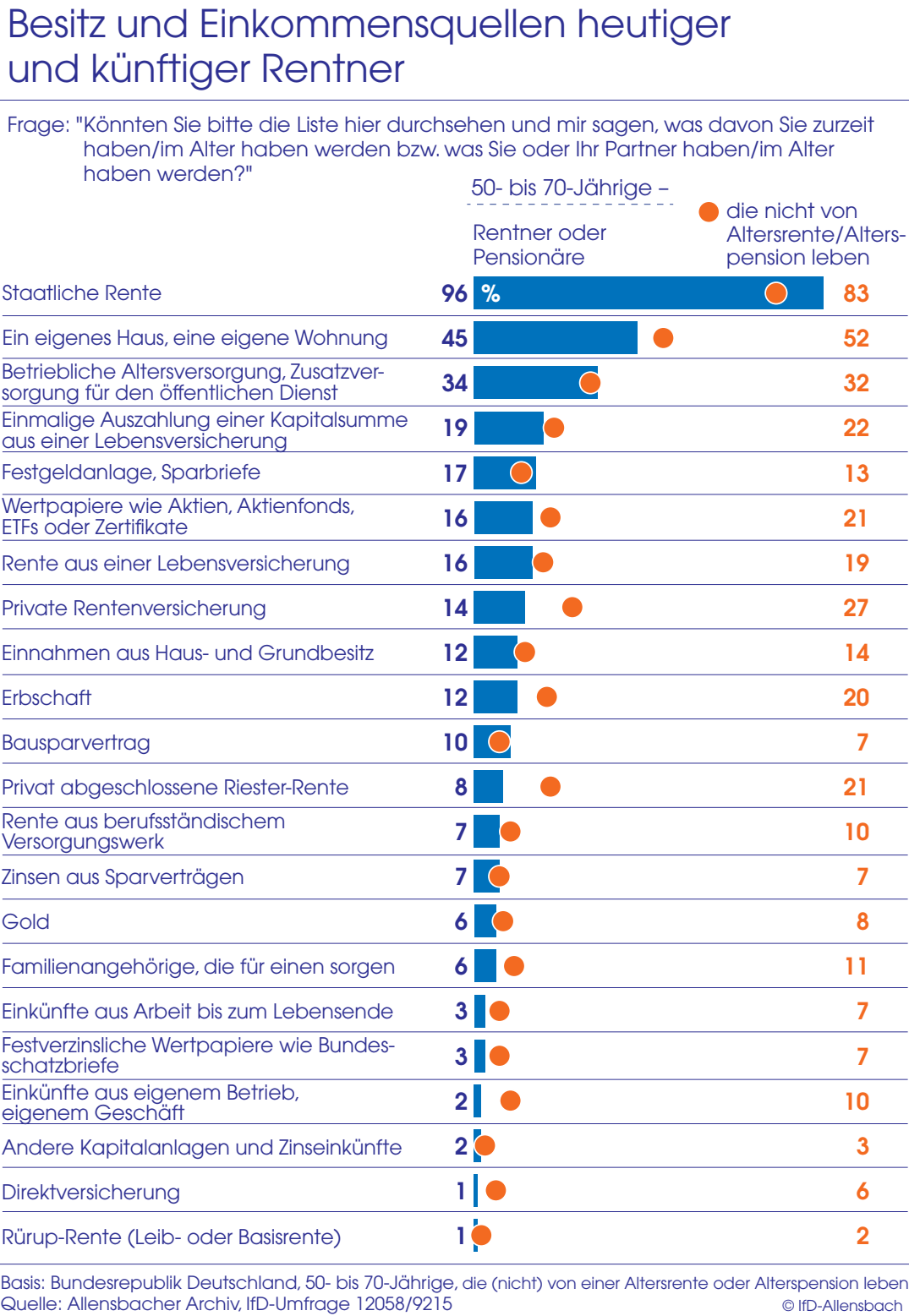
Besitz und Einkommensquellen 50- bis 70-jähriger Rentner und Pensionäre

Frage: "Könnten Sie bitte die Liste hier durchsehen und mir sagen, was davon Sie zurzeit haben bzw. was Sie oder Ihr Partner haben?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 50- bis 70-Jährige, die von einer Altersrente oder Alterspension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

Die 50- bis 70-Jährigen, die bisher noch nicht von einer Rente oder Pension leben, nennen ein deutlich breiteres Spektrum an Besitz und Einkommensquellen, auf die sie im Alter bauen können. Das gilt sowohl für Immobilienbesitz, besonders aber auch für Erbschaften, private Rentenversicherungen, Einnahmen aus einer Riesterrete und Einkünfte aus eigenem Betrieb bzw. einem eigenen Geschäft. Da unter den 50- bis 70-Jährigen, die bisher keine Rente oder Pension beziehen, auch eine größere Gruppe von Selbständigen enthalten ist, ist der Anteil, der künftig auf eine staatliche Rente oder Pension rekurriert, niedriger als unter den heutigen Rentnern und Pensionären. 83 Prozent der 50- bis 70-Jährigen, die nicht von einer Rente oder Pension leben, werden im Alter Einnahmen aus einer staatlichen Rente haben. 52 Prozent besitzen ein eigenes Haus, eine eigene Immobilie, 14 Prozent beziehen auch Einnahmen aus Haus- und Grundbesitz. Beides liegt über dem Anteil der heutigen Rentner und Pensionäre, die auf eine eigene Immobilie und auf Einnahmen aus Haus- und Grundbesitz zurückgreifen können. Besonders groß ist der Unterschied in Bezug auf private Rentenversicherungen, auch in Bezug auf privat abgeschlossenen Riesterrenten: 14 Prozent der 50- bis 70-jährigen Rentner und Pensionäre können auch auf eine private Rentenversicherung zurückgreifen, dagegen 27 Prozent der 50- bis 70-Jährigen, die noch nicht von einer Rente oder Pension leben. Auch Erbschaften spielen eine immer größere Rolle: Von den 50- bis 70-jährigen Rentnern und Pensionären können auch 12 Prozent auf eine Erbschaft zurückgreifen, von den 50- bis 70-Jährigen, die noch nicht von einer Rente oder Pension leben, dagegen 20 Prozent. Lediglich die Anlageformen, die in den letzten Jahren aufgrund der Niedrigzinsphase unattraktiv waren, spielen bei künftigen Rentnern eine geringere Rolle als bei den 50- bis 70-Jährigen, die bereits eine Rente oder Pension beziehen. Das gilt beispielsweise für Festgeldanlagen, Sparbriefe und Bausparverträge.



Wie bei den heutigen Rentnern differenziert auch bei 50- bis 70-Jährigen, die bisher nicht von einer Rente oder Pension leben, die finanzielle Ausstattung im Alter zwischen den sozialen Schichten gravierend. Das gilt insbesondere für die Absicherung durch Immobilienbesitz, Einkommen aus einer betrieblichen Altersversorgung, private Rentenversicherungen und Lebensversicherungen sowie Wertpapierbesitz und Vermögenszuwächse aus Erbschaften. In den höheren sozialen Schichten besitzen 65 Prozent ein eigenes Haus bzw. eine eigene Wohnung; 20 Prozent werden voraussichtlich auch über Einnahmen aus Immobilienbesitz verfügen. In den schwächeren sozialen Schichten liegt der Anteil der Immobilienbesitzer unter 50- bis 70-Jährigen dagegen nur bei 23 Prozent, der Anteil, der im Alter auf Einnahmen aus Immobilienbesitz zurückgreifen kann, bei knapp 5 Prozent. 37 Prozent der 50- bis 70-Jährigen in den höheren Sozialschichten, die bisher noch nicht von einer Rente oder Pension leben, werden im Alter auch über eine betriebliche Altersversorgung verfügen; in der Mittelschicht beträgt dieser Anteil 29 Prozent, in den schwächeren sozialen Schichten lediglich knapp 14 Prozent. Auch der Anteil, der auf eine private Rentenversicherung zurückgreifen kann, ist in den höheren sozialen Schichten annähernd dreimal so hoch wie in den schwächeren sozialen Schichten.

Darüber hinaus spielen Erbschaften und private Vermögensanlagen in den schwächeren sozialen Schichten nur eine geringe Rolle: Lediglich 16 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten können auf eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation durch Erbschaften hoffen; lediglich 6 Prozent besitzen Wertpapiere wie Aktien, 1 Prozent festverzinsliche Wertpapiere, 4 Prozent gehen davon aus, dass sie Zinsen aus Sparverträgen beziehen werden. Insgesamt ist das Spektrum von Einnahmequellen und Vermögenswerten in den schwächeren sozialen Schichten außerordentlich eng.

Sehr unterschiedliche Ausstattung der sozialen Schichten

Frage: "Könnten Sie bitte die Liste hier durchsehen und mir sagen, was davon Sie im Alter haben werden bzw. was Sie oder Ihr Partner im Alter haben werden?"

16- bis 70-Jährige, die nicht von Altersrente/Alterspension leben

| | Sozioökonomischer Status | | |
|---|--------------------------|-------------|-----------|
| | niedrig % | mittel % | hoch % |
| Staatliche Rente | 82 | 83 | 76 |
| Ein eigenes Haus, eine eigene Wohnung | 23 | 42 | 65 |
| Betriebliche Altersversorgung, Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst | 14 | 29 | 37 |
| Erbschaft | 16 | 23 | 35 |
| Private Rentenversicherung | 13 | 18 | 32 |
| Wertpapiere wie Aktien, Aktienfonds, ETFs oder Zertifikate | 6 | 14 | 35 |
| Rente aus einer Lebensversicherung | 9 | 14 | 31 |
| Einmalige Auszahlung einer Kapitalsumme aus einer Lebensversicherung | 9 | 16 | 23 |
| Privat abgeschlossene Riester-Rente | 15 | 14 | 21 |
| Einnahmen aus Haus- und Grundbesitz | 5 | 10 | 20 |
| Bausparvertrag | 8 | 13 | 11 |
| Familienangehörige, die für einen sorgen | 10 | 10 | 12 |
| Einkünfte aus Arbeit bis zum Lebensende | 10 | 8 | 9 |
| Festgeldanlage, Sparbriefe | 3 | 8 | 16 |
| Rente aus berufsständischem Versorgungswerk | 3 | 6 | 12 |
| Gold | 3 | 7 | 11 |
| Einkünfte aus eigenem Betrieb, eigenem Geschäft | 1 | 6 | 15 |
| Zinsen aus Sparverträgen | 4 | 5 | 7 |
| Festverzinsliche Wertpapiere wie Bundesschatzbriefe | 1 | 3 | 11 |
| Andere Kapitalanlagen und Zinseinkünfte | 1 | 3 | 8 |
| Direktversicherung | 1 | 3 | 5 |
| Rürup-Rente (Leib- oder Basisrente) | 1 | 1 | 3 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-Jährige, die nicht von einer Altersrente oder Alterspension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Die unterschiedliche Einkommens- und Vermögenssituation in den sozialen Schichten beeinflusst zwangsläufig die Möglichkeiten, die staatliche Rente durch andere Einkommensquellen zu ergänzen. Konzepte der eigenverantwortlichen Vorsorge sind daher schon für weite Teile der Mittelschicht nur begrenzt umsetzbar, kaum jedoch in den schwächeren sozialen Schichten, die in hohem Maße ihre Einkommen für das Begleichen ihrer Lebenshaltungskosten benötigen. Die bereits dokumentierten Unterschiede bei den Einkommensteilen, die nach Begleichen der notwendigen Ausgaben zur freien Verfügung bleiben, setzen auch unterschiedliche Grenzen für Investitionen in die private Altersvorsorge. Insgesamt ziehen 24 Prozent der Bevölkerung zwischen 16 und 70 Jahren die Bilanz, dass sie keinerlei finanziellen Spielraum haben, um in ihre private Altersvorsorge zu investieren. In den höheren sozialen Schichten beträgt dieser Anteil 5 Prozent, in der Mittelschicht 21 Prozent, in den schwächeren sozialen Schichten jedoch 48 Prozent. Umgekehrt legt nur knapp ein Fünftel in den schwächeren sozialen Schichten regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurück, in den höheren sozialen Schichten dagegen knapp die Hälfte. Auch die Möglichkeiten, finanziell für den Pflegefall vorzusorgen, sind in den schwächeren sozialen Schichten geringer. Entsprechend zieht auch nur eine kleine Minderheit in den schwächeren sozialen Schichten die Bilanz, dass man für das Alter bereits hinreichend abgesichert ist. Davon sind 7 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten überzeugt, allerdings auch nur 36 Prozent in den höheren sozialen Schichten. Angesichts ihrer niedrigeren Einkommen und finanziellen Spielräume ist in den schwächeren sozialen Schichten auch die Tendenz überdurchschnittlich ausgeprägt, die begrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen im Hier und Jetzt auszugeben und nicht für die Alterssicherung. Die geringeren finanziellen Spielräume beeinflussen auch die Befassung mit dem Thema Alterssicherung. So haben viele aus den schwächeren sozialen Schichten keinerlei Überblick über ihre voraussichtliche finanzielle Situation im Alter: 40 Prozent ziehen diese Bilanz, in der Mittelschicht immerhin auch 35 Prozent, in den höheren sozialen Schichten dagegen nur 20 Prozent.

Schichtgebundene Vorsorge für das Alter

Frage: "Hier ist einmal einiges aufgeschrieben, was uns andere über das Thema Altersvorsorge gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?"

| | ins- gesamt % | 16- bis 70-Jährige | | |
|---|---------------------|--------------------------|-------------|-----------|
| | | Sozioökonomischer Status | | |
| - Auszug - | | niedrig % | mittel % | hoch % |
| Ich habe keinen Überblick darüber, wie hoch meine Einkünfte im Alter sein werden | 33 | 40 | 35 | 20 |
| Ich Sorge finanziell für das Alter vor, lege regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurück | 31 | 18 | 29 | 47 |
| Über das Thema Altersvorsorge mache ich mir keine großen Gedanken | 24 | 23 | 23 | 26 |
| Ich kann nichts zusätzlich für meine Altersvorsorge ausgeben, habe da keinen finanziellen Spielraum | 24 | 48 | 21 | 5 |
| Ich beschäftige mich viel damit, wie ich meine Altersvorsorge sichern kann | 20 | 15 | 21 | 22 |
| Ich bin jetzt schon hinreichend abgesichert | 20 | 7 | 18 | 36 |
| Mir ist es wichtiger, jetzt Geld zu haben, statt viel Geld für die Altersvorsorge beiseite zu legen | 17 | 23 | 17 | 10 |
| Ich Sorge finanziell dafür vor, falls ich oder ein Angehöriger im Alter gepflegt werden müssen | 13 | 7 | 12 | 21 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Die Befassung mit der eigenen Altersvorsorge ist jedoch nicht nur schichtabhängig, sondern in hohem Maße auch altersgebunden. Vor dem 30. Lebensjahr spielt das Thema aus naheliegenden Gründen nur eine völlig untergeordnete Rolle. Zwei Drittel der unter 30-Jährigen trauen sich keine Einschätzung zu, wie ihre finanzielle Situation im Alter sein wird; 42 Prozent machen sich über das Thema Altersvorsorge generell keine nennenswerten Gedanken. Dieser Generation ist es auch überdurchschnittlich wichtig, ihre finanziellen Ressourcen in der Gegenwart zu nutzen, statt für die noch fern liegende Zukunft vorzusorgen. Schon jenseits der 30 ändert sich jedoch bei vielen die Einstellung, verstärkt jenseits der Mitte 40. Während von den 30- bis 44-Jährigen noch 42 Prozent die Bilanz ziehen, dass sie keine klaren Vorstellungen von ihrer Situation im Alter haben, ist dies nur bei jedem fünften 45- bis 59-Jährigen der Fall und nur bei 8 Prozent der 60- bis 70-Jährigen. Der Höhepunkt der konsequenten Vorsorge liegt zwischen dem 45. und 59. Lebensjahr; in diesem Alter sorgen 39

Prozent finanziell kontinuierlich für ihr Alter vor. Allerdings schränkt sich quer durch alle Generationen nur eine kleine Minderheit bewusst ein, um Geld für die Altersvorsorge anzusparen. Mit zunehmendem Alter wächst auch die Zuversicht, für das Alter hinreichend abgesichert zu sein. Selbst bei den 60- bis 70-Jährigen ist es jedoch nur gut jeder Dritte, der davon überzeugt ist. Bemerkenswert ist auch der geringe Anteil, der bei der Planung und Organisation der eigenen Altersvorsorge professionelle Hilfe in Anspruch nimmt. Nur 14 Prozent der Bevölkerung haben sich zum Thema Altersvorsorge bereits beraten lassen, sei es von einer Versicherung oder einem Anlageberater; selbst unter 45- bis 59-Jährigen ist es nur eine relativ kleine Minderheit.

Schaubild 38

| Altersgebundene Auseinandersetzung mit dem Thema Altersvorsorge | | | | |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Frage: "Hier ist einmal einiges aufgeschrieben, was uns andere über das Thema Altersvorsorge gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?" | | | | |
| | Altersgruppen | | | |
| | 16 - 29 Jahre | 30 - 44 Jahre | 45 - 59 Jahre | 60 - 70 Jahre |
| | % | % | % | % |
| - Auszug - | | | | |
| Ich habe keinen Überblick darüber, wie hoch meine Einkünfte im Alter sein werden | 64 | 42 | 21 | 8 |
| Ich Sorge finanziell für das Alter vor, lege regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurück | 15 | 33 | 39 | 29 |
| Über das Thema Altersvorsorge mache ich mir keine großen Gedanken | 42 | 24 | 17 | 15 |
| Ich beschäftige mich viel damit, wie ich meine Altersvorsorge sichern kann | 13 | 22 | 24 | 18 |
| Ich bin jetzt schon hinreichend abgesichert | 4 | 10 | 25 | 38 |
| Mir ist es wichtiger, jetzt Geld zu haben, statt viel Geld für die Altersvorsorge beiseite zu legen | 32 | 22 | 10 | 7 |
| Ich habe mich zum Thema Altersvorsorge beraten lassen, z. B. von der Deutschen Rentenversicherung oder einem Anlageberater | 7 | 12 | 18 | 19 |
| Ich schränke mich bewusst ein, um Geld für die Altersvorsorge zu sparen | 5 | 7 | 8 | 9 |

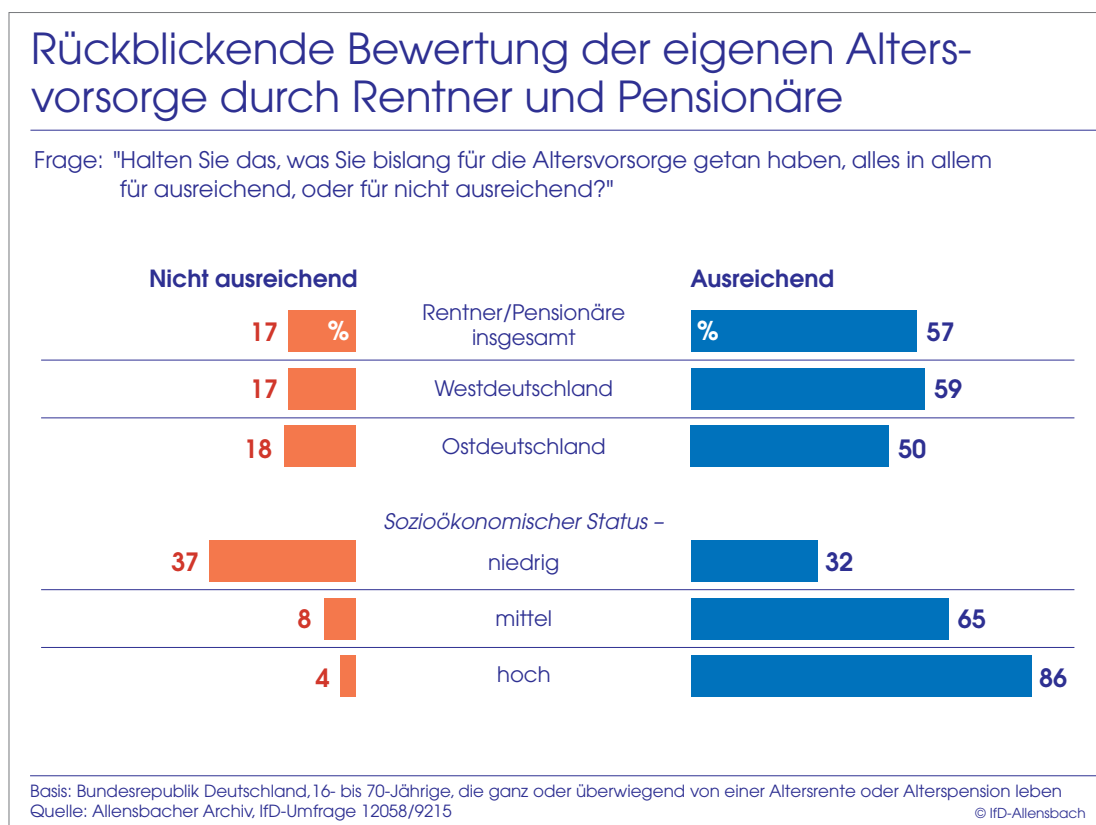
Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Bevölkerung
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Individuelle Gründe für eine unzureichende Altersvorsorge

Die bis 70-Jährigen, die bereits von einer Rente oder Pension leben, ziehen mehrheitlich eine positive Bilanz ihrer Vorsorgemaßnahmen. 57 Prozent bewerten im Rückblick ihre Maßnahmen zur Altersvorsorge als ausreichend, 17 Prozent als nicht ausreichend. In Westdeutschland liegt der Anteil der Rentner und Pensionäre, die mit ihren Vorsorgemaßnahmen zufrieden sind, bei 59 Prozent, in Ostdeutschland bei 50 Prozent. Deutlich stärker fallen jedoch die sozialen Schichten auseinander: Während in den höheren sozialen Schichten, überwiegend auch in der Mittelschicht, die große Mehrheit die eigene Vorsorge als ausreichend bewertet, gilt dies nur für knapp ein Drittel in den schwächeren sozialen Schichten.

Schaubild 39

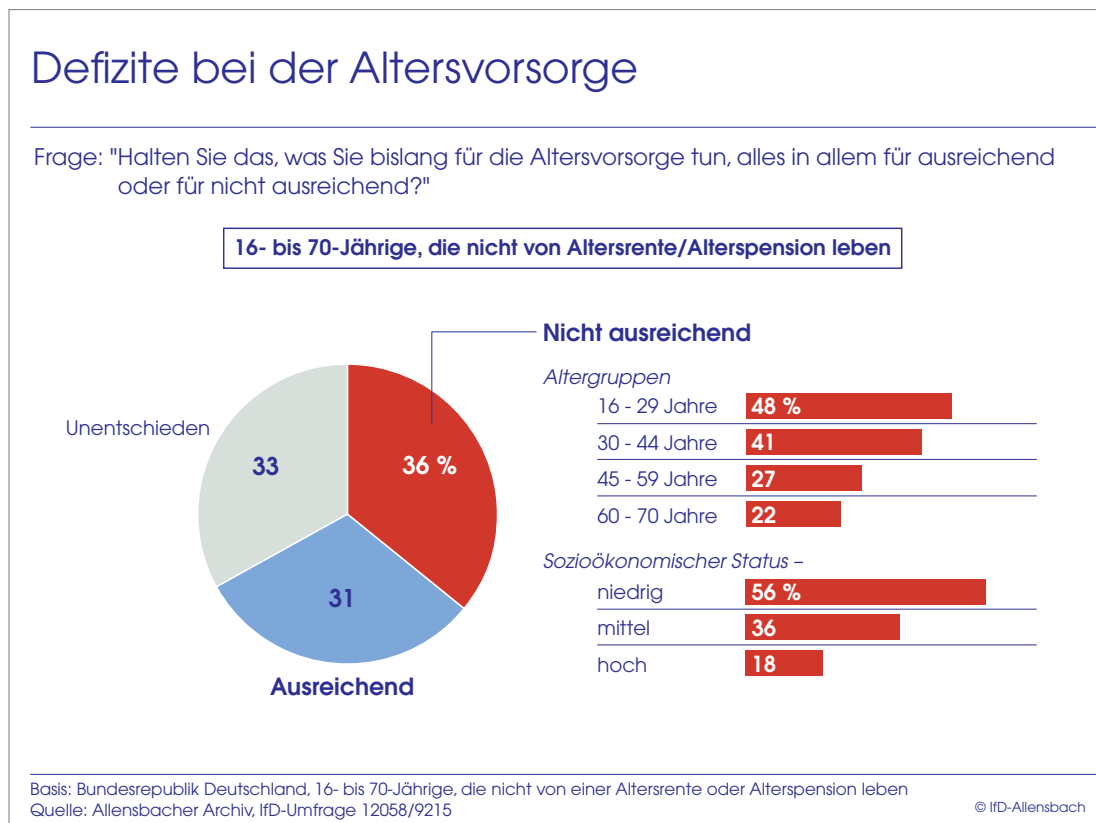


In der übrigen bis 70-jährigen Bevölkerung fällt die Bilanz völlig anders aus. 31 Prozent halten die eigene Vorsorge bisher für ausreichend, 36 Prozent für nicht

ausreichend, ein weiteres Drittel traut sich kein Urteil zu. Diese Bilanz ist jedoch sowohl schicht- wie auch ausgeprägt altersgebunden: Während bei den unter 45-Jährigen überwiegend Defizite der eigenen Alterssicherung konstatiert werden, überwiegt jenseits der 45 zunehmend die Einschätzung, dass die eigenen Vorsorgemaßnahmen ausreichen. Von den 45- bis 59-Jährigen sind davon 41 Prozent überzeugt, von den 60- bis 70-Jährigen 54 Prozent. Gegenläufig verringert sich der Anteil, der die eigene Vorsorge als nicht ausreichend qualifiziert, zwischen dem 30. und 70. Lebensjahr von 41 auf 22 Prozent.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch hier die ausgeprägte Schichtgebundenheit: Während von den künftigen Rentnern und Pensionären aus den höheren Sozial-schichten 55 Prozent die eigene Vorsorge für ausreichend halten, gilt dies nur für 27 Prozent aus der Mittelschicht und ganze 12 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten. In den schwächeren sozialen Schichten sind 56 Prozent überzeugt, dass ihre Vorsorgemaßnahmen nicht ausreichen; in der Mittelschicht fällen 36 Prozent eine vergleichbar kritische Bilanz, in den höheren Sozialschichten lediglich 18 Prozent.

Schaubild 40



Diejenigen, die ihre bisherige Altersvorsorge für unzureichend halten, begründen dies vor allem mit ihrem zu geringen Einkommen, das ihnen kaum Spielraum für eine ausreichende Altersvorsorge lässt, sowie mit der derzeitigen Inflation, aber auch mit unzureichenden Anstrengungen für eine eigenverantwortliche Vorsorge. 42 Prozent derjenigen, die ihre bisherige Altersvorsorge für unzureichend halten, führen ihren geringen Verdienst und damit geringe finanzielle Spielräume für die Altersvorsorge an, 39 Prozent die Auswirkungen der derzeitigen Inflation, die ihre Ersparnisse und Altersvorsorge entwertet. 36 Prozent werfen sich selbst vor, zu wenig privat vorgesorgt zu haben. Die übrigen Begründungen haben wieder mit einem begrenzten Verdienst zu tun, teilweise durch längere berufsfreie Zeiten oder durch die Begrenzung ihres Einkommens durch Teilzeit oder eine stundenweise Beschäftigung. In den schwächeren sozialen Schichten dominiert mit großem Abstand die Begründung, dass der eigene Verdienst zu niedrig ist bzw. war, um ausreichend für das Alter vorzusorgen. 66 Prozent der mit ihrer Altersvorsorge Unzufriedenen aus den schwächeren sozialen Schichten führen dies als Begründung an, mit großem Abstand gefolgt von der Überzeugung, zu wenig privat vorgesorgt zu haben, und dem Verweis auf die Auswirkungen der aktuellen Inflation. Es ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Inflation die Bilanz der Bevölkerung, wieweit ihre Altersvorsorgeanstrengungen ausreichen, zunehmend stärker beeinflussen wird.

Gründe für die unzureichende Vorsorge

Frage an Personen, die nicht von einer Altersrente/Alterspension leben und die Altersvorsorge für nicht ausreichend halten:

"Und darf ich fragen, wieso Sie das, was Sie für die Altersvorsorge tun bzw. getan haben, für nicht ausreichend halten?"

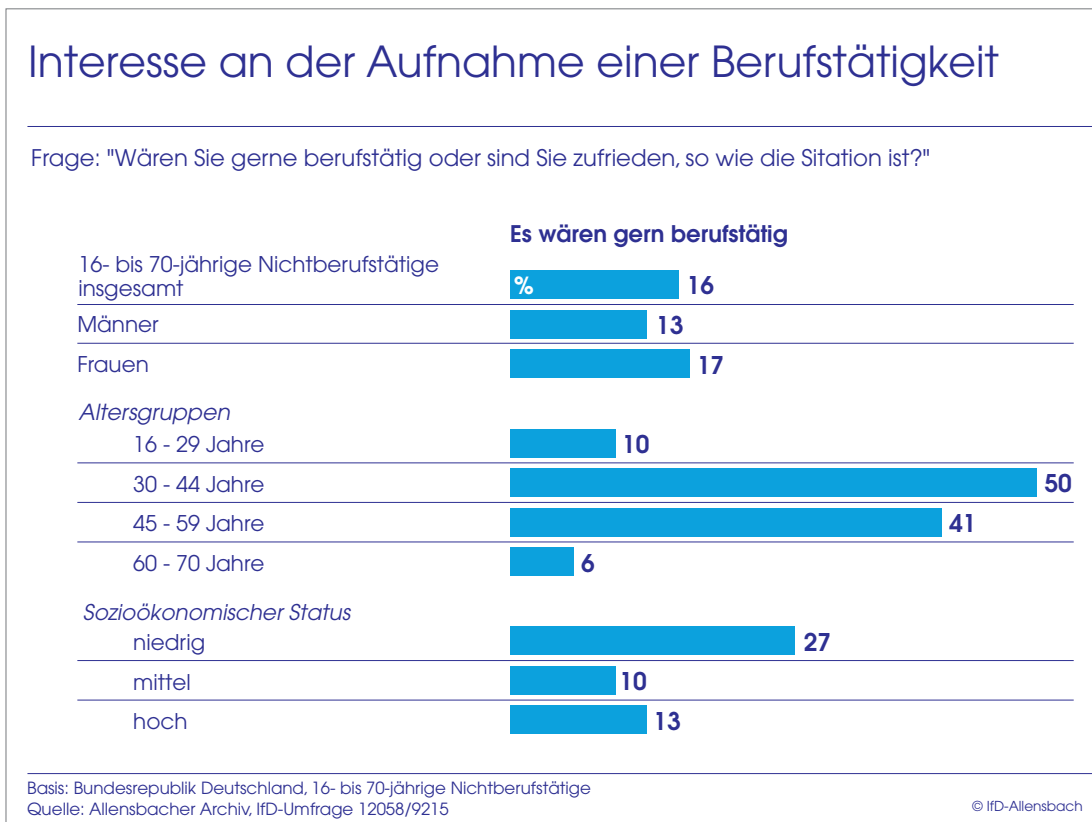
| | Ins- gesamt % | Sozioökono- mischer Status niedrig % |
|--|---------------------|---|
| Weil ich nicht viel verdiene bzw. verdient habe | 42 | 66 |
| Weil die derzeitige Inflation dafür sorgt, dass meine Ersparnisse und meine Altersvorsorge weniger wert sind | 39 | 37 |
| Weil ich zu wenig privat vorgesorgt habe | 36 | 40 |
| Weil ich momentan gar nicht arbeite bzw. längere Zeit gar nicht gearbeitet habe | 19 | 20 |
| Weil ich momentan nur Teilzeit bzw. stundenweise arbeite bzw. eine Zeitlang nur Teilzeit oder stundenweise gearbeitet habe | 18 | 22 |
| Anderes | 10 | 5 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-Jährige, die nicht von einer Altersrente/Alterspension leben und die Altersvorsorge für nicht ausreichend halten
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

WENIG NEIGUNG ZU SPÄTEREM RENTENEINTRITT

Die demografische Entwicklung erzwingt Diskussionen über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch ein höheres Renteneintrittsalter. Die Relation von Erwerbstätigen zu Rentenempfängern wird kontinuierlich ungünstiger; die Konsequenzen für die Sozialversicherungssysteme sind umfangreich dokumentiert. Jenseits dieser makroökonomischen Betrachtung stellt sich die Frage, wieweit die Bevölkerung in einem späteren Renteneintrittsalter und generell einer Ausweitung ihrer Berufstätigkeit eine hilfreiche Option sieht, um ihr Alter finanziell besser abzusichern. Diese Frage stellt sich auch insbesondere für die schwächeren sozialen Schichten. Von den bis 70-Jährigen sind insgesamt 28 Prozent nicht erwerbstätig, in den schwächeren sozialen Schichten 27 Prozent. Die meisten der Nichterwerbstätigen sind bereits aus dem Beruf ausgeschieden und empfinden dies in der Regel nicht als Verlust; lediglich 6 Prozent der 60- bis 70-jährigen Nichtberufstätigen wären gern berufstätig. Völlig anders sieht dies bei 30- bis 59-jährigen Nichtberufstätigen aus, von denen sich viele eine Berufstätigkeit wünschen; unter den 30- bis 44-jährigen Nichtberufstätigen ist es jeder Zweite, unter den 45- bis 59-Jährigen sind es 41 Prozent. Bei unter 30-jährigen Nichtberufstätigen, von denen sich viele noch in der Ausbildung befinden, ist das Interesse an der Aufnahme einer Berufstätigkeit dagegen mit 10 Prozent sehr gering. In den schwächeren sozialen Schichten, die überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist unter Nichtberufstätigen das Interesse an einer Berufstätigkeit signifikant höher als unter Nichtberufstätigen aus den mittleren und höheren Schichten. Gut jeder vierte Nichtberufstätige aus den einfachen sozialen Schichten ist an der Aufnahme einer Berufstätigkeit interessiert.



Diejenigen, die sich für eine Berufstätigkeit interessieren oder zumindest dafür offen sind, wünschen sich mehrheitlich eine Tätigkeit von mindestens 20 Wochenstunden. 36 Prozent würden gerne mindestens 30 Stunden in der Woche arbeiten, 16 Prozent 20 bis unter 30 Stunden; lediglich jeder vierte Nichtberufstätige mit Interesse an der Aufnahme einer Berufstätigkeit wäre am liebsten maximal 20 Stunden erwerbstätig. In den schwächeren sozialen Schichten liegt bei Nichtberufstätigen das Interesse an der Aufnahme einer Vollzeit Erwerbstätigkeit weit über dem Durchschnitt. In diesem Segment interessieren sich 34 Prozent für eine Vollzeittätigkeit mit mindestens 36 Stunden, weitere 25 Prozent für eine Tätigkeit mit 30 bis 35 Stunden in der Woche.¹

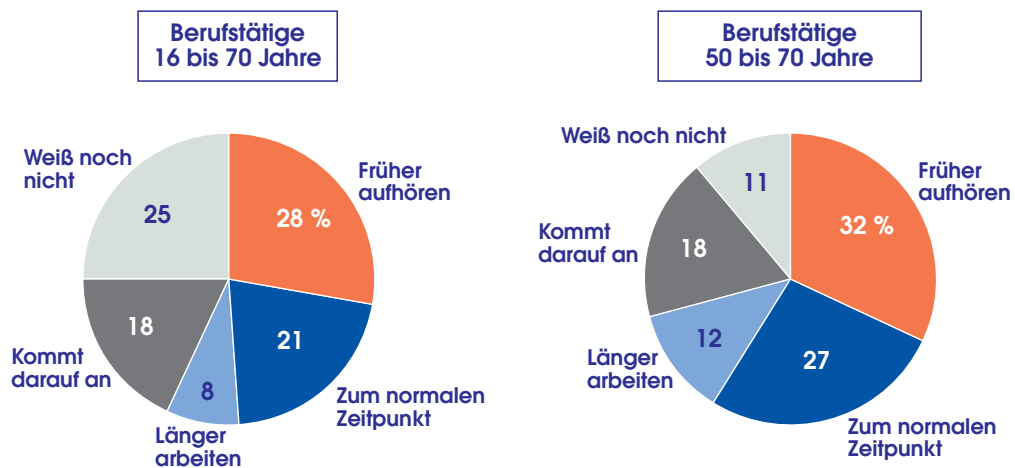
¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 38 a) und b).

Während Nichterwerbstätige aus den schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich an der Aufnahme einer Berufstätigkeit, und zwar insbesondere einer Vollzeit Berufstätigkeit, interessiert sind, ist das Interesse an einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit in den schwächeren sozialen Schichten so gering wie in der Bevölkerung insgesamt. Lediglich 8 Prozent der bis 70-jährigen Berufstätigen würden gerne über das gesetzliche Rentenalter hinaus arbeiten, dagegen 28 Prozent ihre Erwerbstätigkeit lieber vorzeitig beenden. Jeder Fünfte möchte wie gesetzlich vorgesehen in Rente gehen; es fällt jedoch auf, dass viele bei der Frage nicht entschlossen sind: Jeder Vierte weiß noch nicht, wann er oder sie am liebsten aus dem Beruf ausscheiden würde, weitere 18 Prozent machen ihre Entscheidung von der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit oder auch von den Anforderungen und der Gestaltung ihrer Arbeit abhängig. Der Anteil der Berufstätigen, die noch keinerlei klare Präferenzen in Bezug auf das Ausscheiden aus dem Beruf haben, verringert sich mit zunehmendem Alter: Unter 50- bis 70-jährigen Berufstätigen haben nur noch 11 Prozent keinerlei klare Präferenzen, während jeder Dritte gerne seine Berufstätigkeit vorzeitig beenden würde, lediglich 12 Prozent länger arbeiten möchten. In den schwächeren sozialen Schichten würden 41 Prozent der Berufstätigen gerne vorzeitig ausscheiden, lediglich 8 Prozent länger arbeiten.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 42 b).

Lieber früher als später

Frage: "Es gibt Menschen, die möchten schon früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen. Andere wiederum tragen sich mit dem Gedanken, auch im Rentenalter noch einige Jahre weiterzuarbeiten. Wie geht es Ihnen? Würden Sie lieber früher aufhören, oder zum normalen Zeitpunkt, oder länger arbeiten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Diejenigen, die länger arbeiten möchten, begründen dies in der Regel nicht allein mit finanziellen Motiven, sondern vor allem mit Freude an ihrer Tätigkeit und den sozialen Kontakten, die ihnen ihr Beruf ermöglicht. Knapp drei Viertel der Berufstätigen, die gerne länger arbeiten möchten, führen diese beiden Gründe an, gefolgt von dem Wunsch, durch die Tätigkeit geistig fit zu bleiben (59 Prozent), und finanziellen Gründen (68 Prozent). Frauen begründen den Wunsch einer längeren Lebensarbeitszeit allerdings vor allem mit finanziellen Gründen, Männer dagegen mit Freude an ihrer Tätigkeit und den dadurch vermittelten sozialen Kontakten. Auch die sozialen Schichten unterscheiden sich gravierend: In den schwächeren sozialen Schichten dominieren eindeutig finanzielle Gründe für den Wunsch, über das normale Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten, anders als in den mittleren und höheren

Schichten.¹ Bei der Bewertung dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass sie sich nur auf kleine Fallzahlen stützen können.

Schaubild 44

| Motive für längeres Arbeiten | | |
|--|---|-----------|
| Frage: "Und aus welchen Gründen möchten Sie länger arbeiten: Weil es Ihnen Spaß macht, weil Sie gerne in Kontakt mit Menschen sind, um geistig fit zu bleiben, aus finanziellen Gründen, aus Pflichtgefühl, oder warum sonst?" | | |
| | Berufstätige, die länger arbeiten möchten | |
| | 2017 | 2022 |
| | % | % |
| Macht Spaß | 69 | 73 |
| Gerne in Kontakt mit Menschen | 67 | 74 |
| Finanzielle Gründe | 67 | 59 |
| Geistig fit bleiben | 64 | 68 |
| Pflichtgefühl | 22 | 16 |
| Andere Gründe | 9 | 9 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die länger arbeiten möchten
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11077, 12058

© IfD-Allensbach

Der wesentlich häufigere Wunsch, spätestens zum regulären Zeitpunkt oder früher auszusteigen, hat dagegen in erster Linie mit der Attraktivität der Optionen in der Freizeit zu tun: Drei Viertel der Berufstätigen, die nicht länger arbeiten möchten, begründen dies mit dem Wunsch, ihr Leben zu genießen, solange sie noch fit sind, 59 Prozent mit dem Wunsch nach mehr Freizeit; 44 Prozent haben viele Interessen und Hobbys, für die sie gern mehr Zeit hätten, 43 Prozent möchten insbesondere mehr reisen. 44 Prozent begründen dies jedoch auch mit der Belastung durch den Beruf, 38 Prozent auch damit, dass sie von ihrer Arbeit genug haben und etwas anderes machen möchten. Finanzielle Erwägungen spielen dagegen eine untergeordnete Rolle: Jeder

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 45 a) und b).

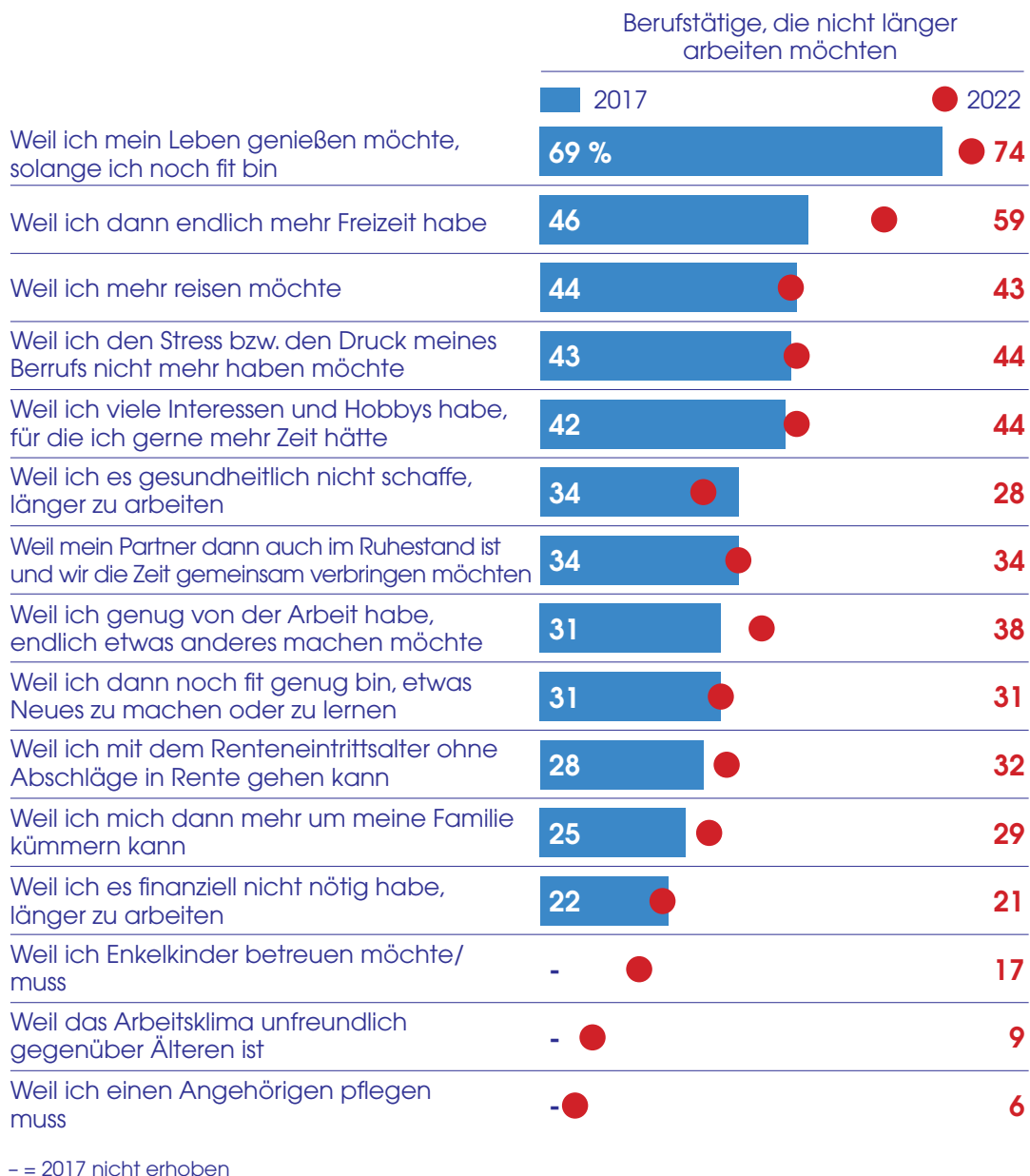
dritte Erwerbstätige begründet seine Entscheidung, spätestens mit dem regulären Renteneintrittsalter auszusteigen, damit, dass man dann ohne Abschläge in Rente gehen kann, lediglich 21 Prozent mit dem Argument, dass finanziell keine Notwendigkeit mehr besteht, länger zu arbeiten. In den letzten Jahren haben sich vor allem die Motive verstärkt, das Leben zu genießen, mehr Freizeit zu haben, auch sich mehr um die Familie kümmern zu können. Dagegen führen heute weniger Berufstätige, die nicht an einer Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit interessiert sind, als Begründung an, dass sie es gesundheitlich nicht schaffen, länger zu arbeiten. Vor 5 Jahren wurde diese Begründung noch von 34 Prozent angeführt, aktuell von 28 Prozent. Dagegen hat das Motiv, mehr Freizeit zur Verfügung zu haben, von 46 auf 59 Prozent zugenommen.

Die schwächeren sozialen Schichten begründen ihren Wunsch, nicht über das reguläre Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten, überdurchschnittlich mit gesundheitlichen Einschränkungen, die höheren sozialen Schichten dagegen überdurchschnittlich mit den Wünschen, noch etwas anderes zu machen und zu lernen, sich mehr um die Familie zu kümmern und ihren Interessen und Hobbys nachgehen zu können. In den höheren sozialen Schichten führen auch 35 Prozent das Motiv an, dass sie es finanziell nicht nötig haben, länger zu arbeiten; eine Begründung, die nur jeder Zehnte aus den schwächeren sozialen Schichten bringt. Das Motiv, in der nachberuflichen Phase noch etwas Neues zu beginnen oder zu lernen, bewegt 20 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten, 40 Prozent in den höheren sozialen Schichten. Umgekehrt sind nur 17 Prozent in den höheren sozialen Schichten, aber 38 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten überzeugt, dass sie es gesundheitlich nicht schaffen werden, länger als vorgesehen zu arbeiten.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabellen 44 d) und e).

Motive, nicht länger arbeiten zu wollen

Frage: "Es kann ja verschiedene Gründe geben, warum man nicht länger arbeiten möchte. Hier sind einige Gründe aufgeschrieben. Darf ich fragen, welche auch auf Sie zutreffen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die nicht länger arbeiten möchten
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11077, 12084

© IfD-Allensbach

45 Prozent der Berufstätigen, die nicht über die reguläre Altersgrenze hinaus arbeiten möchten, begründen dies unter anderem mit den Belastungen, dem Druck ihres Berufs. Insgesamt fühlt sich auch knapp die Hälfte aller Berufstätigen durch ihre Arbeit stark oder sogar sehr stark belastet; in Ostdeutschland liegt dieser Anteil mit 56 Prozent noch deutlich höher. Unter 30-jährige und über 60-jährige Erwerbstätige fühlen sich durch ihre Tätigkeit weniger belastet als die mittlere Generation. Das Gefühl starker Belastung variiert darüber hinaus im Zusammenhang mit der Wochenarbeitszeit: Von den Vollzeit Berufstätigen fühlen sich 56 Prozent stark belastet, von den Berufstätigen mit Wochenarbeitszeiten zwischen 20 und 34 Stunden 42 Prozent, von Berufstätigen mit einem geringeren Stundenkontingent dagegen nur 8 Prozent. Die schwächeren sozialen Schichten und noch mehr die höheren sozialen Schichten fühlen sich überdurchschnittlich belastet, die Mittelschicht tendenziell unterdurchschnittlich.¹

Schaubild 46

| Arbeitsbelastung | | | |
|--|---------------------------------|-----------|-----------|
| Frage: "Wie stark fühlen Sie sich alles in allem durch Ihre Arbeit belastet? Würden Sie sagen ..." | | | |
| | 16- bis 70-jährige Berufstätige | | |
| | insgesamt | West | Ost |
| | % | % | % |
| "sehr stark" | 11 | 10 | 12 |
| "stark" | 38 | 37 | 44 |
| "weniger stark" | 39 | 40 | 37 |
| "kaum, bzw. gar nicht" | 7 | 8 | 4 |
| Unentschieden | 5 | 5 | 3 |
| | 100 | 100 | 100 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 40 a).

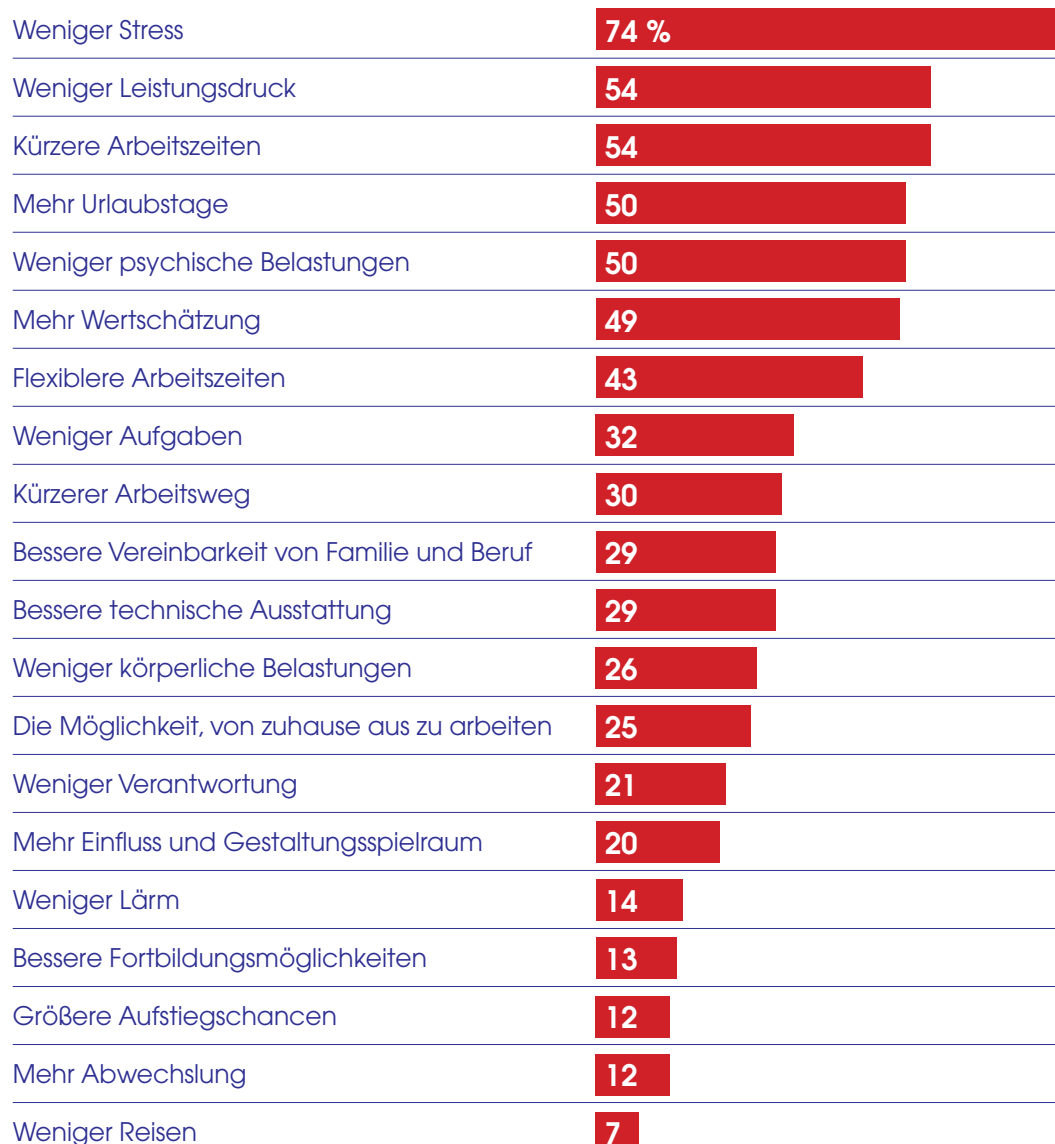
Berufstätige, die ihre Arbeit als sehr belastend empfinden, können vieles benennen, was ihre Arbeitsbedingungen verbessern und sie damit entlasten würde. Neben dem allgemeinen Wunsch nach weniger Stress und Leistungsdruck versprechen sie sich vor allem Entlastung durch kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaubstage und flexiblere Arbeitszeiten. 54 Prozent sind überzeugt, dass kürzere Arbeitszeiten sie wirksam entlasten würden, 50 Prozent nennen mehr Urlaubstage, 43 Prozent flexiblere Arbeitszeiten. Jeder Zweite nennt auch die Verringerung psychischer Belastungen und mehr Wertschätzung als Maßnahmen, die wesentlich zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen beitragen würden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Maßnahmen, die von einer Minderheit angeführt werden; dies beispielsweise für eine bessere technische Ausstattung (29 Prozent), die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten (25 Prozent), bessere Fortbildungsmöglichkeiten (13 Prozent) und weniger körperliche Belastungen (26 Prozent). Von ostdeutschen Arbeitnehmern, die sich überdurchschnittlich als besonders belastet einstufen, werden im Durchschnitt weniger Möglichkeiten genannt, die ihre Arbeitsbedingungen signifikant verbessern könnten. So führen sie weniger als Westdeutsche kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaubstage, weniger psychische Belastungen, mehr Wertschätzung, flexiblere Arbeitszeiten, weniger Aufgaben oder auch die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten, als Optionen an, die ihre Arbeitsbedingungen verbessern und sie entlasten würden. Nur wenige Maßnahmen werden von belasteten ostdeutschen Arbeitnehmern überdurchschnittlich angeführt, nämlich kürzere Arbeitswege, weniger körperliche Belastung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.¹

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 41 a).

Möglichkeiten zur Entlastung stark belasteter Berufstätiger

Frage an Berufstätige, die durch ihre Arbeit (sehr) stark belastet sind:

"Was würde Ihnen helfen, Ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern bzw. Ihre Arbeitsbelastung zu verringern?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die durch ihre Arbeit (sehr) stark belastet sind

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Stark belastete Berufstätige aus den schwächeren sozialen Schichten nennen aufgrund ihrer Tätigkeitsfelder teilweise andere Entlastungswünsche als stark belastete Berufstätige aus den mittleren und höheren Schichten. Das gilt vor allem für die Wünsche nach weniger körperlichen Belastungen, weniger Lärm, mehr Abwechslung, flexibleren Arbeitszeiten, mehr Wertschätzung und mehr Urlaubstage. 58 Prozent der Erwerbstätigen aus schwächeren sozialen Schichten geben an, dass eine Verringerung ihrer körperlichen Belastung ihre Arbeitsbedingungen deutlich verbessern würde, 29 Prozent eine Verringerung der Lärmbelastung, 51 Prozent flexiblere Arbeitszeiten, 58 Prozent mehr Wertschätzung. Belastete Erwerbstätige aus den höheren sozialen Schichten nennen dagegen überdurchschnittlich kürzere Arbeitszeiten, weniger Aufgaben, weniger Reisen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Maßnahmen, die sie wirksam entlasten könnten.

Schaubild 48

| Unterschiedliche Entlastungsmöglichkeiten in den sozialen Schichten | | | |
|--|--|-------------|-----------|
| Frage: "Was würde Ihnen helfen, Ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern bzw. Ihre Arbeitsbelastung zu verringern?" | | | |
| | 16- bis 70-jährige Berufstätige, die durch ihre Arbeit (sehr) stark belastet sind | | |
| | Sozioökonomischer Status | | |
| | niedrig % | mittel % | hoch % |
| - Auszug - | | | |
| Weniger Leistungsdruck | 64 | 50 | 55 |
| Kürzere Arbeitszeiten | 55 | 50 | 61 |
| Mehr Urlaubstage | 61 | 51 | 42 |
| Mehr Wertschätzung | 58 | 53 | 35 |
| Flexiblere Arbeitszeiten | 51 | 42 | 37 |
| Weniger Aufgaben | 34 | 24 | 45 |
| Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf | 28 | 26 | 36 |
| Bessere technische Ausstattung | 30 | 35 | 17 |
| Weniger körperliche Belastungen | 58 | 22 | 9 |
| Die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten | 15 | 27 | 29 |
| Weniger Lärm | 29 | 11 | 7 |
| Mehr Abwechslung | 24 | 10 | 6 |
| Weniger Reisen | 1 | 6 | 12 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die durch ihre Arbeit (sehr) stark belastet sind
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

Auch die individuellen Strategien, um den eigenen Beruf langfristig ausüben zu können, unterscheiden sich zwischen den sozialen Schichten erheblich. Das gilt insbesondere für die Nutzung von Weiterbildungsangeboten und speziell die Befassung mit den Möglichkeiten der Digitalisierung: 48 Prozent der Berufstätigen aus den höheren sozialen Schichten bemühen sich darum, bei den Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung auf dem neuesten Stand zu bleiben, um ihren Beruf langfristig erfolgreich ausüben zu können; schon in der Mittelschicht spielt dies nur für 27 Prozent eine Rolle, in den schwächeren sozialen Schichten für 14 Prozent. Auch Weiterbildungsangebote werden in den schwächeren sozialen Schichten kaum genutzt, oft aufgrund der Tätigkeit nicht angeboten. Lediglich 15 Prozent der Berufstätigen aus den schwächeren sozialen Schichten haben bereits Weiterbildungsangebote genutzt, in der Mittelschicht 34 Prozent, in den höheren sozialen Schichten 38 Prozent. Darüber hinaus machen die höheren sozialen Schichten und teilweise auch die Mittelschicht weitaus mehr von flexiblen Arbeitszeitmodellen Gebrauch, um ihren Beruf möglichst lange ausüben zu können; in den höheren sozialen Schichten nutzen 30 Prozent diese Möglichkeit, in der Mittelschicht 22 Prozent, in den schwächeren sozialen Schichten dagegen nur 10 Prozent.

Für alle Schichten spielt dagegen die Pflege der eigenen Gesundheit eine große Rolle, um den Anforderungen des Berufs langfristig gewachsen zu sein. 46 Prozent aller Berufstätigen geben an, dass sie auch besonders auf ihre Gesundheit achten, um langfristig leistungsfähig zu bleiben, auch in den schwächeren sozialen Schichten 41 Prozent. Nur zwei Optionen werden in den schwächeren sozialen Schichten tendenziell überdurchschnittlich genutzt, um den Anforderungen des Berufs längerfristig gewachsen zu bleiben, nämlich das Engagement für altersgerechte Arbeitsbedingungen und die Verringerung der räumlichen Distanz zum Arbeitsplatz durch Umzug: 10 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten sind näher an den Arbeitsplatz gezogen, um ihre Belastungen zu verringern, in den mittleren Schichten 7 Prozent. 16 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten haben sich bereits um altersgerechte Arbeitsbedingungen gekümmert, in den mittleren und höheren Schichten 13 Prozent. Insgesamt nutzen die schwächeren sozialen Schichten jedoch weniger Optionen, um möglichst lange leistungsfähig zu bleiben, teilweise auch, weil ihnen die Optionen bei ihrer Tätigkeit nicht zur Verfügung stehen. 24 Prozent aller Berufstätigen, 38 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten haben zumindest

bisher von keiner der diskutierten Maßnahmen Gebrauch gemacht, um ihren Beruf möglichst lange ausüben zu können.

Schaubild 49

| Strategien, um lange berufstätig sein zu können | | | | |
|---|---------------------------------|--------------------------|-------------|-----------|
| Frage: "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, was man tun kann, um seinen Beruf möglichst lange ausüben zu können. Gibt es etwas von dieser Liste, das auch Sie tun oder getan haben, um Ihren Beruf möglichst lange ausüben zu können?" | | | | |
| | 16- bis 70-jährige Berufstätige | | | |
| | insgesamt | Sozioökonomischer Status | | |
| | % | niedrig % | mittel % | hoch % |
| Auf die eigene Gesundheit achten | 46 | 41 | 49 | 45 |
| Weiterbildungsangebote nutzen | 31 | 15 | 34 | 38 |
| Bei den Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung auf dem neuesten Stand bleiben | 29 | 14 | 27 | 48 |
| Flexible Arbeitszeitmodelle nutzen | 22 | 10 | 22 | 30 |
| Die Arbeitszeit reduzieren | 19 | 19 | 17 | 25 |
| Sich um altersgerechte Arbeitsbedingungen kümmern | 13 | 16 | 13 | 13 |
| Den Arbeitsplatz wechseln, um die Belastung zu reduzieren | 9 | 10 | 10 | 8 |
| Näher an den Arbeitsplatz ziehen | 8 | 10 | 7 | 8 |
| Nein, nichts davon | 24 | 38 | 23 | 17 |

Basis: Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215 © IfD-Allensbach

Anreize für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Die Perspektive, über die reguläre Altersgrenze hinaus berufstätig zu bleiben, empfindet nur eine Minderheit als attraktiv. Angesichts der demografischen Entwicklung und des sich verschärfenden Arbeitskräftemangels stellt sich jedoch die Frage, wieweit verstärkt Anreize geschaffen werden können, länger erwerbstätig zu bleiben. Die große Mehrheit der Berufstätigen kann sich durchaus vorstellen, dass sie unter bestimmten Bedingungen länger arbeitet als geplant. Lediglich 24 Prozent können sich das auf keinen Fall vorstellen; dieser Anteil nimmt allerdings mit

zunehmendem Alter kontinuierlich zu. Von den 60- bis 70-jährigen Berufstätigen können sich 45 Prozent nicht vorstellen, dass sie durch eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, ihres Gehalts oder ihrer Rentenansprüche bewegt werden könnten, länger zu arbeiten als geplant.¹

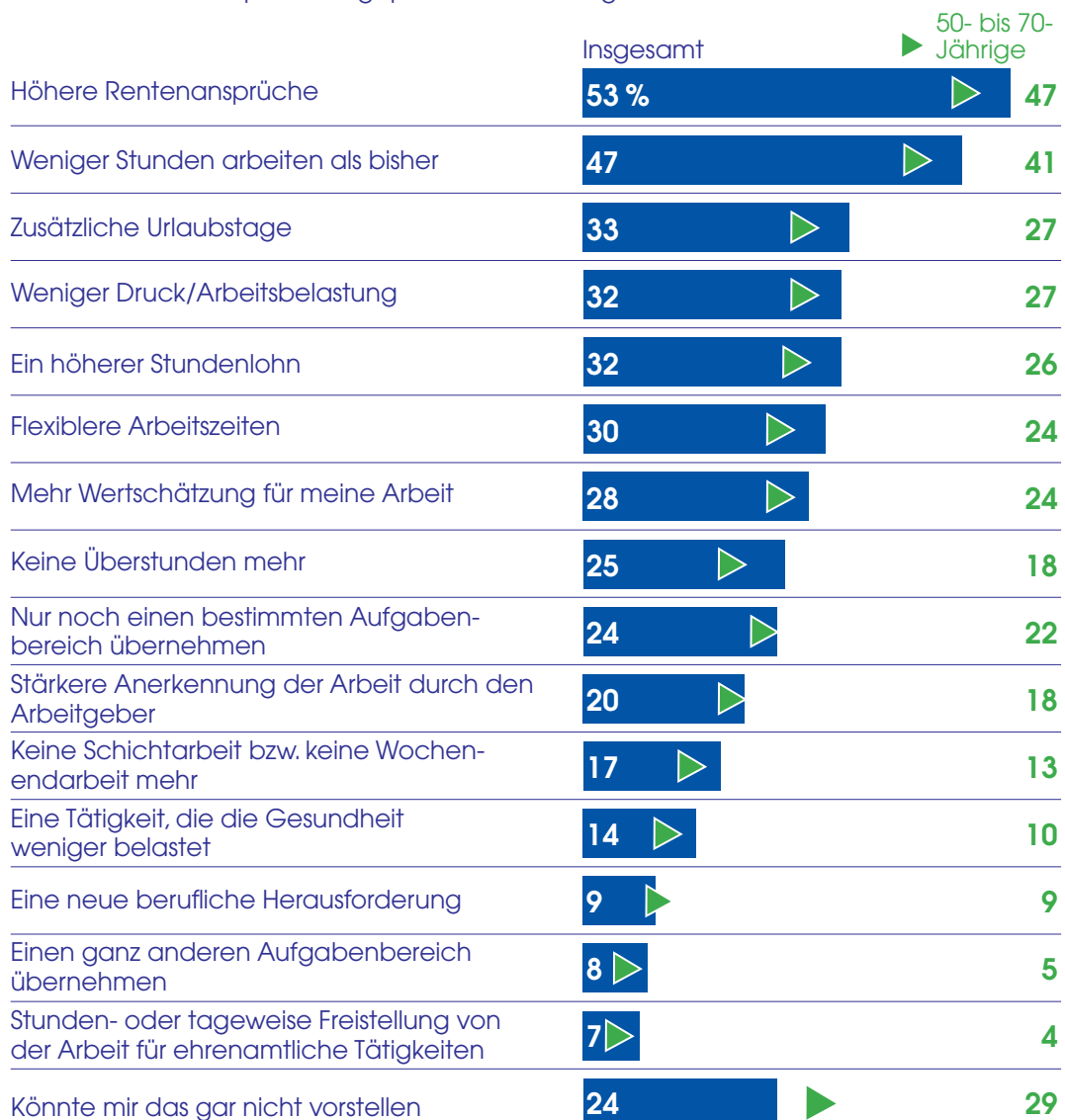
Die stärksten Anreize für ein späteres Ausscheiden aus dem Beruf sind höhere Rentenansprüche und eine Verringerung der zeitlichen Belastung durch den Beruf. 53 Prozent aller Berufstätigen, die spätestens zum regulären Renteneintrittsalter aufhören wollen, können sich vorstellen, durch höhere Rentenansprüche ihre Entscheidung zu überdenken; für knapp die Hälfte ist auch eine Verringerung des beruflichen Stundenkontingents ein attraktiver Anreiz. Mit einigem Abstand folgen zusätzliche Urlaubstage, eine Verringerung der Arbeitsbelastung, flexiblere Arbeitszeiten und ein höherer Stundenlohn, die für knapp jeden dritten Berufstätigen ein Anreiz wären, länger zu arbeiten. Mit der Annäherung an das Rentenalter schwindet jedoch die Attraktivität all dieser Anreize: Für knapp die Hälfte aller Berufstätigen, die spätestens zum gesetzlich vorgesehenen Zeitpunkt aus dem Beruf ausscheiden wollen, wäre die Verringerung des Stundenkontingents ein Anreiz, länger zu arbeiten, dagegen nur für 41 Prozent der 50- bis 70-jährigen Berufstätigen. Ein höherer Stundenlohn reizt jeden dritten Erwerbstätigen, der an sich nicht länger arbeiten möchte, aber nur 26 Prozent der 50- bis 70-Jährigen. Auch flexiblere Arbeitszeiten, zusätzliche Urlaubstage oder die Verringerung von Überstunden wären für 50- bis 70-jährige Erwerbstätige weniger als für Jüngere ein Grund, ihre Entscheidung, spätestens zum regulären Zeitpunkt auszuschneiden, zu überdenken. Am wenigsten reizt Erwerbstätige die Vorstellung, noch einmal mit einer beruflichen Herausforderung oder einem gänzlich anderen Aufgabenbereich konfrontiert zu sein. Lediglich für 9 bzw. 8 Prozent der Erwerbstätigen wäre dies ein Anreiz, ihre Entscheidung, spätestens zum regulären Zeitpunkt auszuschneiden, zu überdenken. Auch die stunden- oder tageweise Freistellung von der Arbeit für ehrenamtliche Tätigkeiten scheint nur einer verschwindenden Minderheit attraktiv: 7 Prozent aller Erwerbstätigen, 4 Prozent der 50- bis 70-Jährigen, die spätestens zum regulären Zeitpunkt ausscheiden wollen, würden bei einem solchen Angebot ihre Entscheidung überdenken.

¹ Vgl. dazu Tabellenband, Tabelle 43 b).

Anreize für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Frage an Berufstätige, die bis zum Renteneintrittsalter arbeiten oder davor aufhören oder dies von den Umständen abhängig machen:

"Und was könnte Sie dazu bewegen, länger zu arbeiten als geplant? Hier ist einmal einiges aufgeschrieben. Unter welchen Umständen könnten Sie sich vorstellen, später als geplant in Rente zu gehen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die bis zum Renteneintrittsalter arbeiten oder davor aufhören oder dies von den Umständen abhängig machen
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Für Erwerbstätige aus den mittleren und höheren Schichten wäre eine Reduzierung ihres beruflichen Stundenkontingents und eine Eingrenzung ihres Aufgabenbereichs mehr als für die schwächeren sozialen Schichten ein Anreiz, länger im Beruf zu bleiben; für die höheren sozialen Schichten gilt dies auch für die Option, noch einmal eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Dagegen können sich Berufstätige aus den schwächeren sozialen Schichten bei materiellen Anreizen und bei mehr Wertschätzung für ihre Arbeit vorstellen, dass sie ihre Entscheidung überdenken, spätestens zum regulären Zeitpunkt aus dem Beruf auszuschneiden. Bei den materiellen Anreizen wirkt allerdings in erster Linie eine Erhöhung der aktuellen Entlohnung und weniger die Perspektive höherer Rentenansprüche: Während höhere Rentenansprüche von Erwerbstätigen aus den schwächeren sozialen Schichten im selben Ausmaß als attraktiver Anreiz bewertet werden wie von dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen, die spätestens zum regulären Zeitpunkt aus dem Beruf ausscheiden wollen, würde eine Erhöhung des Gehalts, ein höherer Stundenlohn in den schwächeren sozialen Schichten eine weitaus größere Wirkung entfalten als den mittleren und höheren Schichten: 50 Prozent der Berufstätigen aus den schwächeren sozialen Schichten, die spätestens zum regulären Zeitpunkt aus dem Beruf ausscheiden wollen, würden ihre Entscheidung bei einem höheren Stundenlohn überdenken, dagegen nur jeder dritte Erwerbstätige aus der Mittelschicht und jeder Fünfte aus den höheren sozialen Schichten. Mehr Wertschätzung für die eigene Arbeit würde 36 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten dazu bewegen, ihre Entscheidung zu überdenken, dagegen nur jeden vierten Erwerbstätigen aus den mittleren und höheren Schichten; auch eine stärkere Anerkennung der eigenen Arbeit durch den Arbeitgeber nennen Erwerbstätige aus den schwächeren sozialen Schichten überdurchschnittlich als attraktiven Anreiz für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Auch die Vermeidung von Schichtarbeit und Wochenendarbeit wird in den schwächeren sozialen Schichten überproportional angeführt. Allerdings liegt in den schwächeren sozialen Schichten auch der Anteil deutlich über dem Durchschnitt, der sich unter keinen Umständen vorstellen kann, länger zu arbeiten; dieser Anteil macht in den schwächeren sozialen Schichten 34 Prozent aus, in den mittleren und höheren Schichten nur rund ein Fünftel.

Unterschiedliche Attraktivität der Anreize in den sozialen Schichten

Frage: "Und was könnte Sie dazu bewegen, länger zu arbeiten als geplant? Hier ist einmal einiges aufgeschrieben. Unter welchen Umständen könnten Sie sich vorstellen, später als geplant in Rente zu gehen?"

16- bis 70-jährige Berufstätige, die bis zum Renteneintrittsalter oder davor aufhören zu arbeiten oder dies von den Umständen abhängig machen

| | Sozioökonomischer Status | | |
|--|--------------------------|-------------|-----------|
| | niedrig % | mittel % | hoch % |
| Höhere Rentenansprüche | 52 | 57 | 45 |
| Weniger Stunden arbeiten als bisher | 38 | 50 | 48 |
| Zusätzliche Urlaubstage | 33 | 35 | 31 |
| Weniger Druck/Arbeitsbelastung | 33 | 31 | 35 |
| Ein höherer Stundenlohn | 50 | 31 | 21 |
| Flexiblere Arbeitszeiten | 36 | 27 | 33 |
| Mehr Wertschätzung für meine Arbeit | 36 | 26 | 26 |
| Keine Überstunden mehr | 26 | 26 | 19 |
| Nur noch einen bestimmten Aufgabenbereich übernehmen | 16 | 25 | 28 |
| Stärkere Anerkennung der Arbeit durch den Arbeitgeber | 30 | 18 | 17 |
| Keine Schichtarbeit bzw. keine Wochenendarbeit mehr | 23 | 18 | 10 |
| Eine Tätigkeit, die die Gesundheit weniger belastet | 20 | 15 | 7 |
| Eine neue berufliche Herausforderung | 8 | 7 | 15 |
| Einen ganz anderen Aufgabenbereich übernehmen | 10 | 6 | 12 |
| Stunden- oder tagweise Freistellung von der Arbeit für ehrenamtliche Tätigkeiten | 7 | 5 | 10 |
| Könnte mir das gar nicht vorstellen | 34 | 20 | 21 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 16- bis 70-jährige Berufstätige, die bis zum Renteneintrittsalter oder davor aufhören zu arbeiten oder dies von den Umständen abhängig machen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058/9215

© IfD-Allensbach

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass ein erheblicher Teil der Erwerbstätigen durchaus bereit wäre, einen späteren Renteneintritt in Erwägung zu ziehen, wenn nennenswerte finanzielle Anreize gesetzt, die Belastungen durch die berufliche Tätigkeit reduziert werden und mehr Anerkennung für das Geleistete gezollt wird.

Allerdings wird auch deutlich, dass weder die demografische Entwicklung noch die skeptische Einschätzung der eigenen finanziellen Situation im Alter dazu führen, dass in einer längeren Erwerbstätigkeit ein Ausweg und eine Verbesserung der eigenen Situation gesehen wird. Das gilt gerade auch für die schwächeren sozialen Schichten, die nur geringen Spielraum für eine zufriedenstellende Alterssicherung haben und entsprechend ihre finanzielle Situation im Alter überwiegend kritisch einschätzen. Die finanzielle Absicherung im Alter und speziell auch die Absicherung für den Pflegefall wird zu einer immer größeren Herausforderung, die bisher nur unzureichend in individuelle Strategien wie auch in schichtbezogene Politikansätze überführt wird.

Die Bevölkerung weiß zwar um die Konsequenzen des demografischen Wandels, setzt sich aber nur wenig damit auseinander. Der Anteil der Bevölkerung, den dieses Thema sehr interessiert, ist in den letzten 8 Jahren von 15 auf 10 Prozent gesunken, der Anteil, der sich damit kaum oder überhaupt nicht auseinandersetzt, von 30 auf 45 Prozent gestiegen. Dadurch registriert die Bevölkerung auch die Folgen des demografischen Wandels in ihrem eigenen Umfeld immer weniger. 2014 gaben noch 35 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahre an, dass sie an ihrem Wohnort bzw. in ihrer Region die Auswirkungen des demografischen Wandels beobachten können; aktuell bemerken nur 26 Prozent die Konsequenzen.¹ Dazu tragen sicher auch die Aneinanderreihung von Krisen und die aktuellen Risiken bei, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung absorbieren. Umso wichtiger ist es jedoch, die Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf die gravierenden Folgen des demografischen Wandels zu lenken, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung ihre Spielräume für individuelle Strategien für die eigene Absicherung prüft und zugleich die Konsequenzen des demografischen Wandels in der politischen Agenda den Stellenwert erhalten, der der Dimension der Herausforderungen entspricht.

¹ Quelle: IfD-Umfragen 11025 (2014), 12058 (2022).

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Dr. Martina Lizarazo López
Senior Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 5241 81-81576
martina.lizarazo.lopez@bertelsmann-stiftung.de

Anastasia Hamburg
Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 30 275788155
anastasia.hamburg@bertelsmann-stiftung.de